

Programm der SPD Darmstadt für die Kommunalwahl am 6. März 2016

beschlossen auf dem Parteitag des
SPD-Unterbezirks Darmstadt am 13. November 2015



Darmstadt besser machen.



**EIN PROGRAMM:
DARMSTADT BESSER MACHEN.**

Inhalt

Wohnen	5
Stadtentwicklung	6
Soziales	7
Integration in Darmstadt	12
Wirtschaft und Wissenschaft	14
Regionaler Arbeitsmarkt	17
Finanzen und Verwaltung	17
Bildung	21
Mobilität	23
Sport	26
Kultur	29
Erinnerungskultur	31
Ehrenamt in Darmstadt	32
Gesundheitliche Versorgung	32
Sicherheit und Prävention	33
Umwelt	35

Wohnen

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist eine wachsende und prosperierende Stadt. Dadurch wird Wohnraum knapper – die Preise und Mieten steigen. Diese Entwicklung kann zu sozialen Verdrängungseffekten führen.

Bezahlbarer Wohnraum

Wohnraum in Darmstadt ist insbesondere für untere und mittlere Einkommensschichten knapp. Schon im Jahr 2009 sank die Wohnungsversorgungsquote (Indikator für die Höhe der Wohnungsversorgung) so ab, dass nicht jede oder jeder Wohnungssuchende eine Wohnung fand. Bedingt durch den Bevölkerungsanstieg verschärft sich diese Situation immer weiter. Der Preis für Wohnraum steigt weiter an. Insbesondere bei kleinen Wohnungen ist der Preisdruck hoch.

Um der steigenden Nachfrage zu begegnen, werden wir ein Wohnraumförderungsprogramm aufsetzen, das den Bedarf an Wohnungen und insbesondere Sozialwohnungen für Darmstadt analysiert und systematisch umsetzt. Wir werden dabei auf bestehende Wohnungsmarktanalysen zurückgreifen und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die den kompletten Bedarf decken.

Wir sehen die bauverein AG ebenso wie andere in Darmstadt aktive Wohnungsbauunternehmen für die Schaffung von Wohnraum in der Pflicht. Ein Schwerpunkt muss sein, Wohnungen für untere und mittlere Einkommen anzubieten. Hierzu wollen wir in Zukunft die erwirtschafteten Gewinne der bauverein AG stärker in die Instandhaltung bestehender Wohnungen und in den Bau günstigerer Wohnungen investieren. Speziell der öffentlich geförderte Wohnungsbau in Kombination mit der Errichtung von günstigen Wohnungen soll in den nächsten Jahren im Mittelpunkt stehen. Sozialer Wohnungsbau muss Vorrang vor Wohnexperimenten haben.

Die zweifache Anhebung der Grundsteuer durch die grün-schwarze Rathauskoalition verschärfte in der Vergangenheit das Problem der hohen Mieten zusätzlich. Diese Steuererhöhung wollen wir zurücknehmen, um die Mieterinnen und Mieter und Eigentümerinnen und Eigentümer zu entlasten.

Neben der Schaffung von Wohnraum hat die Stadt die Möglichkeit, über die Stadtplanung Einfluss auf die Entwicklung von Stadtteilen zu nehmen. Über das Entwickeln von Sanierungsgebieten können gezielt Anreize für Investitionsmaßnahmen geschaffen werden. Unser Ziel ist eine soziale Durchmischung des gesamten Stadtgebiets. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen es wirtschaftlich schwächeren Menschen auch weiterhin ermöglichen, in Darmstadt zu wohnen. Eine gelungene architektonische Aufstockung bestehender Wohnhäuser sowie eine sinnvolle Verdichtung auch in den Stadtteilen sind hierfür ein Weg. Auch den Anforderungen der Verschmelzung von Gewerbe- und Wohnflächen im Zuge der Entwicklungen am Arbeitsmarkt (Freelancer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Home-Office-Verhältnissen) soll durch bauliche Maßnahmen nachgekommen werden. Wir wollen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft einen Masterplan Wohnen aufstellen, der basierend auf Wohnungsmarktanalysen langfristig aufzeigt, wie neuer Wohnraum geschaffen werden kann.

Stadtentwicklung

Konversionsflächen

Die Lincoln-Siedlung und die Kelley Baracks sind derzeit in der städtebaulichen Entwicklung. Die Cambrai-Fritsch-Kaserne und die Jefferson Siedlung müssen jetzt nach jahrelangen Verhandlungen von der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten erworben werden. Diese Flächen bieten viel Potential, um die akuten Probleme der Wohnungsknappheit nachhaltig abzumildern. Langfristig sind im gesamten Stadtgebiet weitere Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Bei der Planung der Mobilität innerhalb der Konversionsgebiete sehen wir die Chance einer innovativen Koexistenz aller Verkehrsträger, die andersartig und neu gedacht umgesetzt werden sollte. Städtebaulich sollen die Grünflächen zwischen den Gebäuden für die Menschen und vor allem für die Kinder erlebbar gestaltet werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Meinung, dass bei der Entwicklung der Wohngebiete vor allem das Ziel verfolgt werden muss, günstigen Wohnraum zu schaffen, ohne eine gute soziale Durchmischung aus dem Auge zu verlieren. Die Renovierung des Bestands und die Neubebauung auf dem freien Markt sind durch beste Architektur und Verzicht auf energetische Höchststandards erreichbar. Kapitalinteressen einzelner Bauträger sollen sich keineswegs in den Vordergrund bei der Vermarktung der Flächen schieben - wir bevorzugen eindeutig Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand.

Einen Anteil an geförderten Wohnungen von 45% halten wir wegen des Nachholbedarfes für notwendig. Bei der Erschließung neuer Flächen, deren Umgebung dies verträgt, soll dieser Anteil als Anforderung an Investoren festgeschrieben werden. Die Wohnungen sollen sich aus klassischen Sozialwohnungen (etwa 25%) nach den bisherigen Einkommensgrenzen und Wohnungen basierend auf einem 2. Förderungsweg für mittlere Einkommen (etwa 20%) zusammensetzen. Letzterer ist aufgrund der angespannten Lage des Wohnungsmarktes notwendig geworden. Diese lässt inzwischen auch Menschen aus der Mittelschicht an ihre finanziellen Grenzen stoßen. Eine Bevorzugung ideologisch geprägter Wohnprojekte auf Kosten der oben genannten Förderungsanteile lehnen wir ab.

Die Vereinbarkeit der verschiedenen Verkehrsformen in den Konversionsgebieten ist unser Ziel. Ausreichend Parkplätze für die Anwohnerinnen und Anwohner sollen geschaffen werden. Die Planung der Stellplätze hat sich neben dem Ziel möglichst verkehrsarmer Wohnsiedlungen (für Gewerbegebiete hat die Stellplatzsatzung zu gelten) am tatsächlichen Bedarf berufstätiger Familien zu orientieren. Die Anmietung eines Stellplatzes muss erschwinglich sein. Pro Wohneinheit ist ein Richtwert von 1.0 vorzuhalten, davon 0,7 auf sog. „Baufeld-Stellplatzanlagen“ oder zentralen Stellplatzanlagen. Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung erhalten Plaketten für die angemieteten Stellplätze. Für Besucherinnen und Besucher ist ebenfalls eine am Bedarf orientierte Anzahl von weiteren Stellplätzen einzurichten, insbesondere in zentralen Bereichen, wo wohnortnaher Einzelhandel und Gastronomie grundsätzlich wünschenswert sind.

Aufgrund der umfassend möglichen neuen Gestaltung der Verkehrsflächen und Anreizen für car-sharing kann der Verkehr verringert werden. Zu einer urbanen Entwicklung gehört auch, dass am Quartiersplatz Einzelhandel und Gastronomie möglich sind.

Die „Oststadt“ ausbauen

Ein wichtiger Schwerpunkt für die Stadtentwicklung der nächsten Jahre ist die Entwicklung eines zusammenhängenden Konzepts für die „Oststadt“. Dieser Bereich umfasst das Gebiet südlich der Dieburger Straße und östlich der Pützerstraße/Teichhausstraße bis zur östlichen Stadtgrenze. Dieses Areal wird in den nächsten Jahren eine große Veränderung erfahren. Die Bewerbung der Mathildenhöhe zum UNESCO-Weltkulturerbe birgt ein großes Potential. Nachdem die „Weststadt“ als Wirtschaftsstandort entwickelt wurde, sollte in diesem Viertel der gestalterische und kulturelle Bereich betont werden.

Beispielsweise könnte die Oststadt Bestandteil eines Entwicklungsgebietes einer Internationalen Bauausstellung werden.

Bei allen Planungen muss die besondere Verkehrssituation berücksichtigt werden. Vor allem für die Landgraf-Georg-Straße mit dem täglichen Pendlerstrom und der hohen Belastung durch den Schwerverkehr muss eine Lösung gefunden werden. Hierbei sollte eine Schienentrasse für eine schienengebundene Verbindung in den östlichen Landkreis offen gehalten werden.

Eine weitere Herausforderung in diesem Quartier ist die Bereitstellung von Parkraum. Schon heute gibt es zu wenig Parkplätze. Durch die Bewirtschaftung werden diese nun zusätzlich verknappt, was für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Besucherinnen und Besucher zweier großer Kliniken sowie für den Schwerpunkttourismus (Mathildenhöhe und Rosenhöhe) ein zunehmendes Problem darstellt. Aus unserer Sicht ist es ein Irrtum zu glauben, man könne allein durch Park- and Ride-Angebote Besucherinnen und Besucher davon abhalten, mit dem Pkw möglichst nahe an ihr Ziel heranzufahren. Wir treten dafür ein, dass pragmatische Lösungen erarbeitet werden.

Die „Oststadt“ verlangt auch eine Lösung für den Osthang der Mathildenhöhe – besonders eine gestaltete Verbindung über Brücken zur Rosenhöhe und eine Neugestaltung der Ostbahnhof-Umgebung. Hierfür werden wir städtebauliche Wettbewerbe ausloben. Und schließlich ist nach wie vor das „Edelsteinviertel“ infrastrukturell unterentwickelt.

Soziales

Soziales Quartier

Darmstadt besteht aus unterschiedlichen Stadtvierteln und Quartieren. Quartiere sind überschaubare soziale Bezugssysteme, die sich sowohl räumlich als auch von der sozialen und ethnischen Struktur ihrer Bewohnerinnen und Bewohner von anderen Quartieren abgrenzen. Diese Gebiete werden durch ihre Bewohnerinnen und Bewohner definiert. Das Quartier ist die unmittelbare Lebenswelt der Menschen. Hier sind die Menschen zu Hause, hier gehen die Kinder in die Kita und man trifft Freundinnen, Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn beim Sport oder an öffentlichen Orten. Diese Quartiere wollen wir gemeinsam mit den dort wohnenden Menschen in einem umfassenden Prozess individuell weiterentwickeln, ihre Identität stärken sowie Teilhabe ermöglichen. Wohnen, Bildung, Erholung und Versorgung soll in allen Quartieren möglich sein. Ziel dabei ist, dass allen Bevölkerungsgruppen und Familientypen Zugang in die jeweiligen Quartiere ermöglicht wird.

Bei dieser Quartiersentwicklung wollen wir unter der Moderation und mit der Unterstützung von Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanagern die Bewohnerinnen und Bewohner als Experten stärker einbinden. Sie kennen ihr Viertel, ihre Straße und Nachbarschaft am besten. Bei jedem Be-

teiligungsprozess wollen wir klar kommunizieren, was von den Bürgerinnen und Bürgern beeinflusst und entschieden werden kann und was nicht. Durch eine solche aktive Beteiligung entwickelt sich oft in einem zweiten Schritt ein neues Engagement für das Umfeld, das wiederum die Identifikation mit dem Quartier fördert.

Die Bürgerbeteiligung wollen wir ausbauen, dabei allerdings sicherstellen, dass nicht nur die „lauten und starken“ Stimmen gehört werden. Deshalb wollen wir Konzepte entwickeln, wie wir auch die „stillen“ Bevölkerungsgruppen ermutigen können, sich zu beteiligen. Deshalb will die SPD mit Ortsbeiräten demokratisch legitimierte Gremien schaffen, an deren Zusammensetzung alle mitwirken können. Beteiligungsformen, die nur die Meinung von Wenigen berücksichtigen, lehnt die SPD ab. Vereine und Initiativen, die sich an der Entwicklung der Stadt beteiligen, können sich auf die Unterstützung der SPD verlassen.

Die Quartiere in Darmstadt haben alle ihre typischen Besonderheiten. Alle befinden sich aber in einem Wandel. Neue Nachbarinnen und Nachbarn mit unterschiedlichen Hintergründen ziehen hinzu, die Anforderungen des demografischen Wandels werden immer stärker sichtbar, und auch die soziale Durchmischung ändert sich. Daher werden wir bei der Entwicklung der Wohnquartiere ein besonderes Augenmerk auf die Gebiete legen, die besonderer Unterstützung bedürfen. Ein gutes Beispiel für eine solche besondere Förderung ist das Bundesprojekt der „Sozialen Stadt“, das wir auch in Zukunft weiterführen wollen, um die entsprechenden Stadtteile nachhaltig zu stabilisieren. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass in den Quartieren mit dem höchsten Entwicklungsbedarf die besten Bildungseinrichtungen geschaffen werden, eine gute öffentliche Infrastruktur (z.B. Bibliotheken) und die schönsten öffentlichen Plätze geschaffen werden. Die erforderlichen städtischen Gelder werden wir für dieses Programm zur Verfügung stellen.

Soziale Stadtwirtschaft

Um in Zukunft eine soziale Stadtwirtschaft integriert entwickeln zu können, um Arbeit, Wohnen und Leben besser zusammenzuführen, bedarf es der Aktivierung des Dreiklangs aus regionaler Wirtschaft, kommunaler Selbstverwaltung und zivilgesellschaftlicher Organisation. Die regionale Wirtschaft muss von Anfang an in die Prozesse einbezogen werden – die Schaffung von Arbeitsplätzen ist dabei anzustreben. Insbesondere die Stadtwirtschaft soll in ihrer unternehmerischen Positionierung stärker an sozialen Kriterien ausgerichtet sein. Dazu gehört auch, dass die Leistungen der Daseinsversorgung im rechtlichen Rahmen so zu gestalten sind, dass sozialbedürftige Bürgerinnen und Bürger Vergünstigungen erhalten (ÖPNV, Wasser- und Stromgebühren, etc.). Die Unternehmen der Stadtwirtschaft werden im Rahmen der Stadtwirtschaftsstrategie auch der sozialen Verantwortung im Rahmen ihrer Unterstützung der Zivilgesellschaft gerecht. Zivilgesellschaftliche Organisationen können Unternehmen dabei unterstützen, wie und wo sie sich in die Entwicklung von sozialen Quartieren einbringen können. Die Koordination des Zusammenwirkens von Wirtschaft und Zivilgesellschaft obliegt der Stadt, die ihre Steuerungsfunktion wahrnehmen muss.

Gute Kinderbetreuung in Darmstadt

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf einer qualitativ hochwertigen und bedarfsdeckenden Kinderbetreuung in Darmstadt. Mit ihr legen wir die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn der Kinder und leisten den entscheidenden Beitrag für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In den Einrichtungen finden Kinder ein liebevolles Umfeld und werden individuell gefördert. Sie lernen gemeinsam zu handeln, zu helfen und zu teilen. Sie kommen mit Kindern aus unterschiedlichen Kulturkreisen, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und sozialen Hintergründen in Kontakt.

Auch für die Eltern ist eine verlässliche Kinderbetreuung wichtig. An die Stelle des klassischen Familienbildes treten zahlreiche unterschiedliche Lebensentwürfe. Die meisten haben dabei gemein, dass sich kein Elternteil mehr ausschließlich der Kinderbetreuung widmen kann oder will. In den letzten zehn Jahren ist die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen sprunghaft angestiegen. Insbesondere bei den Kindern unter drei Jahren und den Kindern im Grundschulalter wird inzwischen von vielen Eltern eine Betreuung bis in den späten Nachmittag verlangt. Seit dem Jahr 2006 wurde deshalb durch den SPD-geführten Magistrat ein massiver Ausbau der Kinderbetreuung angestoßen. Dadurch haben wir aktuell in Darmstadt bei den Kindern unter drei Jahren eine gute Abdeckung des Bedarfs. Dieses Angebot wollen wir weiter ausbauen und treten für eine flächen- und bedarfsdeckende, ganztägige, inklusive und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ein.

In den Kitas leisten die Erzieherinnen und Erzieher Tag für Tag eine herausragende Arbeit, die schon lange über die reine Beaufsichtigung der Kinder hinausgeht. Sie leisten vorschulische Bildung, tragen zur Ausbildung von sozialen Kompetenzen bei und fördern die Sprachentwicklung unserer Kinder. Die SPD Darmstadt erkennt diese Leistung an, steht für gute Arbeitsbedingungen und kämpft für stärkere Anerkennung des Berufsbildes in unserer Gesellschaft. Vor allem muss sich jedoch die lange Ausbildung auch im Gehalt widerspiegeln. Aus diesem Grund möchte sich die SPD Darmstadt für eine deutlichere Anhebung des Gehalts für Erzieherinnen und Erzieher stark machen.

Darüber hinaus möchten wir ein Modellprojekt starten, um ausgebildete Fachkräfte zurück in ihren Beruf zu holen. Statistiken zeigen nämlich, dass ein erheblicher Anteil der Menschen, die eine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher gemacht haben, später nicht in diesem Beruf arbeitet. Unter wissenschaftlicher Begleitung wollen wir zunächst herausfinden, welchen beruflichen Weg sie stattdessen eingeschlagen haben, um dann gezielt für eine Rückkehr zum ursprünglich erlernten Beruf zu werben.

Während der Bedarf an Kleinstkindbetreuung gut abgedeckt ist, besteht im Grundschulbereich für die Nachmittagsbetreuung ein großer Nachholbedarf. Hier müssen Stadt und Land noch einen massiven Ausbau leisten. Das bezieht sich nicht nur auf die Anzahl der Plätze, sondern auch auf die Schaffung eines flächendeckenden Angebots bis mindestens 17:00 Uhr, eine gute Infrastruktur für das Mittagessen und eine von pädagogischen Fachkräften getragene Betreuung mit einem guten Betreuungsschlüssel.

Jugendpolitik in Darmstadt

Die Belange von Kindern und Jugendlichen müssen in der Kommunalpolitik stets mitbedacht werden. Da junge Menschen noch kein Wahlrecht haben, muss besonders sensibel mit ihren Vorstellungen und politischen Bedürfnissen umgegangen werden. Die Aufgabe von Politik ist es, Jugendlichen in der Kommune eine Perspektive zu geben, Chancen zu eröffnen und ihnen eine eigenverantwortliche Lebensplanung zu ermöglichen.

Die sinkende Wahlbeteiligung und steigende Politikverdrossenheit erfordert auch neue Wege bei der Demokratievermittlung. Eine Möglichkeit hierbei ist, die Partizipation von Jugendlichen an den politi-

schen Geschehnissen zu steigern. Bei dieser „Partizipation“ wollen wir zwei Aspekte berücksichtigen. Auf der einen Seite ist es notwendig, dass man Beteiligungsmöglichkeiten schafft, auf der anderen Seite muss es aber auch gelingen, dass diese Möglichkeiten wahrgenommen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass Jugendliche wieder mehr Vertrauen in die Politik gewinnen und sich aktiv einbringen. Die Darmstädter SPD hat mit den Jugendforen einen wichtigen und richtigen Weg eingeschlagen, den es weiter zu verfolgen gilt. Wir wollen das Jugendforum stärken, es finanziell besser fördern und den Jugendlichen eine stärkere Beteiligungsmöglichkeit am politischen Prozess einräumen.

Die Medien spielen in unserer Gesellschaft eine immer größer werdende Rolle. Wir kaufen über unser Smartphone ein, besorgen uns Informationen zu Ausbildung und Beruf aus dem Internet und stehen über soziale Medien und Messenger-Dienste miteinander in Kontakt. Als moderne Kommune ist es unsere Aufgabe, die Jugendlichen auf die sich verändernde Welt vorzubereiten, sie mit der Digitalisierung nicht alleine zu lassen und jedem die Möglichkeit zu bieten, diese auch zu nutzen. Daher schlagen wir vor, dass die Stadt spezielle Schulungsprogramme für Schulen auflegt und einen Tag der Jugend mit dem Schwerpunkt Medien und Digitalisierung einführt. Um adäquat an Schulen die Digitalisierung vorantreiben zu können, müssen die Schulen auch intensiver mit modernen Medien (beispielsweise Smartboards, Tablets oder Computerräumen) ausgestattet werden.

Geschlechtergerechtes Darmstadt

Niemand darf aufgrund seines Geschlechtes oder der sexuellen Identität diskriminiert werden. Leider sieht die Realität anders aus. Politik, Wirtschaft und öffentliches Leben werden nach wie vor von Männern dominiert. Um Frauen gleichberechtigt an Führungspositionen der Kommune und ihrer Unternehmen zu beteiligen, wollen wir an Quoten und Förderplänen festhalten. Die Berufsberatung soll ihren Teil dazu beitragen, Geschlechternormen gezielt aufzubrechen und Bezeichnungen wie „Männer-“ bzw. „Frauenberufe“ überflüssig zu machen.

Neben dem bewährten Ansatz des Gender Mainstreamings, mit dessen Hilfe alle Entscheidungen der Kommune auf ihre Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis abgewogen werden, wollen wir das Instrument des Gender Budgeting stärker nutzen, das diesen Ansatz auf die Haushaltspolitik überträgt.

Ein sicheres Umfeld gehört zu einem guten Leben in unserer Stadt dazu. Angsträume, in denen das persönliche Sicherheitsgefühl insbesondere von Frauen nicht gewährleistet ist, wollen wir gezielt abbauen. Bürgerinnen sollen sich an die Stadt wenden können, wenn sie Angsträume kennen. Um Übergriffe und Belästigung von Frauen auf der Straße zu bekämpfen, werden wir mit einer Kampagne gegen dieses so genannte „Street Harassment“ vorgehen.

Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt werden, müssen weiterhin sichere Anlaufstellen geboten werden. Wir stehen für eine sichere Finanzierung des Frauenhauses und der anderen Angebote. Angebote für Opfer sexualisierter Gewalt, egal welchen Geschlechtes, müssen erhalten und unterstützt werden.

Menschen mit Handicaps

Die SPD möchte nicht über, sondern mit den Menschen mit Behinderung über ihre Bedürfnisse sprechen und sie aktiv in die städtebauliche Planung einbeziehen. Nicht nur die Forderung nach Absenkung von Bordsteinen, sondern auch die nach barrierefreiem Zugang (incl. der Bereitstellung geeigneter WC-Anlagen) zu Kunst- und Kulturstätten, Einkaufseinrichtungen usw. spielen eine zentrale Rolle. Wir werden uns dort, wo das noch nicht der Fall ist, für barrierefreien Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln einsetzen. Wir wissen, wie bedeutsam die Beseitigung von Barrieren in der Kommunikation für blinde und gehörlose Menschen ist. Wir wollen einen hauptamtlichen Behindertenbeauftragten installieren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung bezüglich des Umgangs mit den verschiedenen Beeinträchtigungen schulen. Neben einem barrierefreien Zugang soll bei städtischen Veranstaltungen auch zukünftig die Möglichkeit angeboten werden, diese über eine Gebärdendolmetscherin bzw. einen Gebärdendolmetscher verfolgen zu können.

Seniorenfreundliche Stadt

Der demografische Wandel macht sich auch in Darmstadt bemerkbar, die Zahl der älteren Menschen steigt. Ältere Bürgerinnen und Bürger müssen daher angemessen an der Stadtentwicklung beteiligt und berücksichtigt werden.

Um auch im Alter weiterhin in Darmstadt wohnen zu können, werden wir für den Ausbau von altersgerechtem Wohnen eintreten und bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen. Auch neue Wohnformen im Alter (Mehrgenerationenhäuser, Senioren-WGs) werden wir fördern.

Die Sicherung der Würde im Alter ist ein Spiegelbild einer achtenden und intakten Gesellschaft. Wir werden uns für die Fortführung der Altenhilfeplanung einsetzen.

Auch die Teilhabe am kulturellen Angebot der Stadt muss für alle älteren Menschen gesichert sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die vergünstigten Angebote wie z.B. für Theater, Museen, Hallen- und Freibädern und den ÖPNV erhalten bleiben.

Seniorinnen und Senioren benötigen einen besseren Zugang zu der Nutzung moderner Kommunikationstechnologie. Dazu sollen Fortbildungsmöglichkeiten für ältere Menschen bei der Anwendung von PCs, Laptops, Tablets und Handys geschaffen werden. Seniorenheime sind aufgefordert, solche Fortbildungsmaßnahmen anzubieten, um so die ohnehin eingeschränkte Kommunikation älterer Menschen zu sichern und zu verbessern.

Darmstadt unter dem Regenbogen

Als Großstadt bietet Darmstadt ein buntes Leben, in dem sich auch Menschen unterschiedlichster sexueller Identitäten und Orientierungen entfalten können. Die Stadt sollte die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, dies zu ermöglichen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommune und ihrer Unternehmen sollten entsprechend sensibilisiert werden. Wir möchten eine Anlaufstelle für queere Themen in der Stadtverwaltung schaffen.

Leider sind immer noch viele lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Menschen von Diskriminierung betroffen. Das "Coming Out" ist ein bedeutender Schritt im Leben und vor allem queere Jugendliche benötigen Angebote und Beratung. Daher wollen wir Räume schaffen, in denen in sicherer Atmosphäre hochwertige Beratung stattfinden kann. Den in diesem Bereich bereits aktiven Ehrenamtlichen würde damit sehr geholfen. Darmstadt hat als Oberzentrum überregionale Ausstrah-

lungskraft, gerade auch für die queere Community der umgebenden Landkreise. Daher sehen wir bei der Finanzierung auch das Land in der Pflicht und setzen uns dafür ein, dass es seine Verantwortung wahrnimmt.

Die SPD Darmstadt steht hinter Initiativen wie SchLAU, die in Projekttagen an Schulen für Respekt und Akzeptanz gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen werben. Die Kommune sollte alles tun, um diese Projekte zu unterstützen.

In der alternden Gesellschaft suchen immer mehr ältere Lesben, Schwule, Transgender, Intersexuelle und Bisexuelle nach Möglichkeiten, ihre sexuelle Identität in Würde und ohne Diskriminierung zu leben. Das Pflegepersonal entsprechender Einrichtungen sollte daher fortgebildet und entsprechend sensibilisiert werden.

Integration in Darmstadt

Darmstadt ist eine weltoffene und international geprägte Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt empfinden Einwanderung als Bereicherung. Für uns ist Integration die wichtigste Zukunftsaufgabe bei der Gestaltung unseres städtischen Zusammenlebens. Im Kern geht es dabei um die Verständigung über die Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens und den Interessenausgleich zwischen der langansässigen Bevölkerung und der Gruppen von Zuwandererinnen und Zuwanderern. Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenleben aller Menschen in einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft.

Integration berührt viele Politikfelder und ist eine Querschnittsaufgabe. Die Organisation dieser Aufgabe obliegt dem interkulturellen Büro. Dieses wollen wir stärken und zu einer Fachstelle für Integration und interkulturelle Arbeit weiterentwickeln.

Bei der Integration legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die junge Generation. Eine möglichst frühe und individuelle Förderung von Kindern ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Bildungserfolge erzielt werden. Hier wollen wir mit einer gezielteren Ansprache und verstärkten Beratung die Eltern in die Arbeit der Bildungseinrichtungen stärker einbeziehen. Das Lehrpersonal sowie die Fachkräfte der Kitas sollen dabei unterstützt werden, sich das Know-how für den täglichen Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten anzueignen. Auch sprechen wir uns für mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund aus. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die zentrale Voraussetzung für gelingende Integration. Unser Ziel ist es, dass Sprachförderung für alle Kinder bedarfsgerecht in den Alltag der Kitas und der Schuleingangsstufen integriert wird. Auch bei dem Erlernen der deutschen Sprache brauchen wir strukturelle Veränderungen. So müssen Darmstädter Schulen den Zusatzunterricht in Deutsch häufig aus dem eigenen Kollegium stemmen. Gerade hinsichtlich zunehmend anfallender Deutschkurse für Flüchtlinge stellt dies für die Schulen eine kaum zu bewältigende Herausforderung dar. Deshalb werden wir das Hessische Kultusministerium und das Staatliche Schulamt auffordern, mehr Lehrkräfte bereitzustellen.

Nach dem Schulabschluss muss die Beratung beim Übergang von Schule in den Beruf bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausländischer Herkunft einen besonderen Stellenwert bekommen.

Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe müssen in allen kommunalen Handlungsbereichen ihren Niederschlag finden. Wir setzen uns deshalb für die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen sowie der öffentlichen Einrichtungen und des kommunalen Vereinslebens ein.

Auch der Anteil der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund wächst. Die kultursensible Pflege und Versorgung der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund muss zum Regelfall werden.

Die Verfassung garantiert die Religionsfreiheit in unserem Land und das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen. Die Vielfalt der Glaubens- und Religionsgemeinschaften, sowie die Atheistinnen und Atheisten sehen wir als selbstverständlichen Bestandteil unserer Gesellschaft an. Wir treten für einen konstanten, offenen und partnerschaftlichen Dialog der Glaubensgemeinschaften untereinander sowie mit der Zivilgesellschaft ein. Ziel ist es, die friedliche Koexistenz der Religionen weiter zu fördern und zu stärken. Wir sprechen uns dafür aus, dass alle hier lebenden Menschen ihren religiösen Riten entsprechend beigesetzt werden können.

Auch kommunalpolitisch müssen Menschen mit der Staatsangehörigkeit eines Nicht-EU-Staates Einflussmöglichkeit haben. Hierbei werden wir die Arbeit des Ausländerbeirats weiter aktiv unterstützen. Wir treten für ein Kommunalwahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger ohne deutschen Pass ein.

Flüchtlinge

Niemand flieht freiwillig. Menschen verlassen ihre Heimat, weil sie dort verfolgt oder misshandelt werden, weil sie vor Bürgerkriegen, Hunger und Naturkatastrophen, religiöser oder ethnischer Verfolgung, oder vor erdrückender wirtschaftlicher Not flüchten müssen. Für uns sind Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention ab dem ersten Tag ihrer Ankunft in Darmstadt Mitglieder unseres Gemeinwesens. Sie schnell zu integrieren, ist im Interesse der ganzen Gesellschaft. Dies gilt ebenso für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die in besonderer Weise hilfe- und schutzbedürftig sind.

Hierbei unterstützen wir das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe und wollen dieses durch gute Koordination und möglichst unbürokratische Zuteilung von Hilfen und Zuschüssen erleichtern. Wir sind uns einig, dass alles dafür getan werden muss, um eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge sicherzustellen. Dies wollen wir in Darmstadt durch die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen realisieren. Sind Gemeinschaftsunterkünfte aufgrund der Zahl der Zuwanderinnen und Zuwanderer nicht zu vermeiden, so werden wir gemeinsam mit den Sozialverbänden eigene Mindeststandards für die Unterbringung entwickeln. Dabei sollten insbesondere verletzbaren Gruppen, Frauen und Kindern separat Rückzugs- und Schutzräume zur Verfügung gestellt werden.

Darmstadt weltoffen und tolerant

Darmstadt ist eine weltoffene Stadt. Rechtsextreme Gruppen und Parteien bekommen bei uns keinen Platz. Aber: Toleranz und Weltoffenheit sind Errungenschaften, die immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden müssen. Menschen und Initiativen, die sich gegen Rechts engagieren, brauchen die Unterstützung der öffentlichen Hand.

Auch innerhalb der Kommunalpolitik werden wir gegen alle rechtspopulistischen Strömungen arbeiten. Nicht nur der offene Rassismus rechter Parteien stört das friedliche Miteinander der Menschen. Auch unterschwellige Ressentiments erschweren den Betroffenen ein gutes Leben in Darmstadt. Dagegen werden wir mit aller Kraft in der guten Tradition der Darmstädter Sozialdemokratie kämpfen.

Wirtschaft und Wissenschaft

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt liegt im Herzen der Region Rhein Main Neckar. Sie ist ein attraktiver Industrie- und Dienstleistungsstandort, ein zentraler Verkehrsknotenpunkt und einer der führenden High-Tech-Standorte. Dabei spielt die enge Verzahnung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung mit der regionalen Wirtschaft eine zentrale Rolle und ist Aufgabe unserer Wirtschaftsförderung.

Die SPD Darmstadt bekennt sich zur Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main und unterstützt die „Erklärung zur Zukunft der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main“ vom 17. April 2015 in der Frankfurter Paulskirche. Die SPD Darmstadt will die regionale Zusammenarbeit nach EU-Leitbildern fördern und tritt für eine Vertiefung der Kontakte zwischen der EU und der Region Darmstadt-Rhein-Main-Neckar ein. Um eine optimale Akquisition von EU-Fördermitteln, der Strukturfonds sowie europäischen Aktionsprogrammen zu erreichen, sind kompetente Ansprechpartner zu gewinnen.

Die zentralen Ziele unserer Wirtschaftspolitik bleiben die soziale Marktwirtschaft, hohe Lebensqualität und Arbeitsplatzsicherung für alle. Ein leistungsfähiger Mittelstand, eine starke industrielle Basis, gute und gerechte Arbeit und eine handlungsfähige Kommunalverwaltung bilden daher die Basis für ein erfolgreiches kommunales Wirtschaften. Darmstadt als Wirtschaftszentrum ist insbesondere mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg untrennbar verbunden. Wirtschaftliche Aktivitäten sind grenzüberschreitend und differenzieren nicht zwischen den politischen Einheiten. Dieser Entwicklung wollen wir gerecht werden und schlagen vor, eine gemeinsame Wirtschaftsförderung mit dem Landkreis anzustreben. Diese Kooperation soll keine lokalen Partikularinteressen, sondern die Wirtschaftsregion Darmstadt-Dieburg mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt als Zentrum im Blick haben.

Klein- und mittelständische Unternehmen effektiver stärken

Klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) sind ein zentraler Pfeiler der Darmstädter Wirtschaft und bedürfen einer stärkeren Unterstützung in der kommunalen Wirtschaftspolitik. Das betrifft sowohl die Ansiedlung und den Erhalt des Einzelhandels in der Innenstadt wie die stärkere Unterstützung von Startups. Darmstadt ist im technologischen Bereich durch die drei Hochschulen und zahlreiche außeruniversitäre wissenschaftliche Institute sehr gut aufgestellt. Wir wollen stärker als bisher Ausgründungen aus den Universitäten und Startups fördern. Dafür sind Bundes- und Landesmittel einzuwerben. Innovative Unternehmensneugründungen, z.B. in den Bereichen IT oder Kultur- und Kreativwirtschaft, müssen mit den Förder- und Netzwerkstrukturen für Gründerinnen und Gründer besser vernetzt werden. Dabei kann die kommunale Wirtschaftsförderung eine positive Rolle spielen. Die Ansiedlung von klimaneutralen Unternehmen werden wir besonders unterstützen.

Gewerbeflächen

Damit Unternehmen sich in Darmstadt ansiedeln können, benötigen sie attraktive Flächen. Wir sehen die aktuell ausgewiesenen Flächen als ausreichend an, um weitere Firmen in Darmstadt anzusiedeln. Für eine positive Stadtentwicklung ist eine Verbindung von Wohnen und Arbeiten notwendig.

Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtiger Teil der Innovationswirtschaft

Kultur- und Kreativwirtschaft spielen eine beträchtliche Rolle in der Darmstädter Wirtschaft. Darmstadt positioniert sich in dieser Hinsicht zu wenig pro-aktiv, national wie international, was wir ändern werden.

Gut leben und einkaufen in Darmstadt

Darmstadt ist Einkaufsstadt. Menschen aus der südhessischen Region nutzen das vielfältige Warenangebot in der Darmstädter Innenstadt. Dies gilt es auch in Zukunft zu erhalten. Dabei muss ein besonderer Fokus auf den individuellen Einzelhandel gelegt werden. Die Initiative „Schulstraße“ zeigt, dass Zusammenwirken hilft.

Um einer Filialisierung in der Stadt entgegen zu wirken, muss das Einkaufen in der City wieder attraktiver gestaltet werden. Hierfür ist ein Einzelhandelskonzept für die Innenstadt notwendig. Das Etablieren kultureller Veranstaltungen rund um das Schloss und mehr „Grün“ im Stadtkern runden für uns ein gelungenes Konzept ab.

Der Sanierung und Neugestaltung des Friedensplatzes mit Anbindung an den Weißen Turm und der Wege rund um das Schloss, in Verbindung mit der Öffnung des Schlossgrabens als Flanier- und Erholungsraum kommen hier hohe Priorität zu. Das Konzept des Luisenplatzes bedarf einer dringenden Überarbeitung mit dem Ziel, diesen zentralen Platz Darmstadts als ein „Aushängeschild“ der Stadt neu zu ordnen. Dies sollte im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und dem Aktionsbündnis „Kulturelle Mitte“ erfolgen.

Wir wollen aber auch die Stadtteile attraktiv erhalten und noch attraktiver machen. Denn gerade junge Familien und ältere Menschen brauchen die wohnortortnahe Versorgung mit den Produkten für den täglichen Bedarf. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe können und müssen die Gewerbevereine in den Stadtteilen eine wichtige Rolle spielen. Sie müssen deshalb weiterhin von der Stadt unterstützt werden.

Parkgebühren

Die Parkgebühren in Darmstadts Parkhäusern sind sehr hoch. Auch die meisten Parkflächen sind inzwischen gebührenpflichtig. Dies kann sich nicht positiv auf den Einzelhandel in der Innenstadt auswirken. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen deshalb bekannte Modelle für kurzes kostenloses Parken bei ausgewählten Parkflächen ausprobieren (Stichwort: Brötchentaste) und neue Modelle entwickeln.

Clusterschwerpunkte besser nutzen / Kooperation zwischen Wirtschaft und Forschung

Um die Darmstädter Wirtschaft weiter zu profilieren und um Zukunftspotenziale (auch im Sinne des Erhalts von modernen Arbeitsplätzen) zu sichern, schreiben wir Branchenclustern eine zentrale Bedeutung zu. Die Clusterorientierungen IT/Chemie/Pharma/Biotechnologie, Mechatronik, Weltraum- und Satellitentechnik und (Haar-)Kosmetik – mit ihren vielfältigen Vernetzungen und Kontakten in Wirtschaft und Wissenschaft sind weiter zu intensivieren. Industrie 4.0 ist das Thema der Zukunft. Deshalb ist es gut, dass Darmstadt ein Informationszentrum „Industrie 4.0“ für den Mittelstand erhält. Die intensive Kooperation von IT-Netzwerken, Hochschulen und Unternehmen werden wir unterstützen.

Wir werden die Potenziale und Stärken der Wissenschaftsstadt Darmstadt als bedeutenden internationalen Standort für Luft- und Raumfahrt und Satellitentechnik (EUMETSAT, ESA/ESOC) stärker sichtbar machen. Das im Aufbau befindliche School Lab des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) wollen wir nutzen, um auch außerschulische Angebote für Kinder- und Jugendliche im naturwissenschaftlichen Bereich zu machen.

Qualifizierte Arbeitskräfte

Darmstadt muss in Zeiten des Wettbewerbs der Standorte um qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch mehr ein Ort werden, an dem es attraktiv ist zu arbeiten. Dabei spielen zukunfts-sichere Branchenschwerpunkte eine Rolle, aber auch, inwieweit es der Kommunalpolitik gelingt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Leben in der Stadt attraktiv machen. Die SPD Darmstadt tritt für eine Qualifizierungsoffensive in der beruflichen Bildung ein, um sich den neuen Herausforderungen in der Migrationspolitik zu stellen und damit auch Kleinstunternehmen anzuregen, qualifiziert auszubilden. Die Qualifizierungsoffensive soll zu allen Fragen der beruflichen Weiterbildung, z. B. über Fördermittel oder passende Weiterbildungsangebote, beraten. Unterstützung klein- und mittelständischer Betriebe bei der Personal- und Ausbildungsentwicklung sowie (kostenfreie) Veranstaltungen zu relevanten Themen der Unternehmenspraxis vervollständigen das Serviceangebot. Diese Maßnahmen können auch unter Verwendung von Mitteln des Europäischen Sozialfond (ESF) aus der Förderperiode 2014 bis 2020 kofinanziert werden. Beantragt müssen dafür die entsprechenden Projektförderungen bei den zuständigen Stellen.

Schnelle Internetverbindungen

Eine flächendeckende Breitbandversorgung, die ein schnelles Internet ermöglicht, ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Nur so können Handel und Industrie, insbesondere auch Einzelhändlerinnen und Einzelhändler und Kleinunternehmen, im Wettbewerb bestehen. Ähnlich verhält es sich auch mit der Bereitstellung von WLAN im Stadtgebiet.

Fairtrade Darmstadt

Darmstadt ist Fairtrade Town und das ist gut so. Fairtrade bedeutet vor allem die nachweisliche Akzeptanz und Einhaltung sozialer Standards. Dies beinhaltet u.a. vor allem eine gesicherte Existenz der Produzentinnen und Produzenten, eine umweltgerechte Produktion sowie eine strikte Einhaltung des Verbots der Kinderarbeit. Die SPD Darmstadt möchte den Sektor des fairen Handels weiter ausbauen.

Regionaler Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Darmstädter Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Die Stadt profitiert von ihrer guten Lage mitten im Rhein-Main-Gebiet. Die SPD verfolgt eine aktive Beschäftigungspolitik, die ganzheitlich verstanden wird und die Bereiche Schule, Übergang zum Beruf, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und den Arbeitsmarkt mit einbezieht. Das Leitziel der Arbeitsmarkt-, Jugendhilfe- und Sozialpolitik ist die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen an Bildung, Ausbildung, Erwerbstätigkeit und dem gesellschaftlichen Leben. Hierbei steht die SPD für die Bekämpfung von Armut und Exklusion und die Förderung von Kindern und Familien in unserer Stadt.

Solidarisch mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Große kommunale Unternehmen haben ihre Struktur in den vergangenen Jahren umgebaut. Die SPD stand dabei solidarisch an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen. Auch große städtische Unternehmen wie die Entega AG (vorher HSE) befinden sich aktuell im Umstrukturierungsprozess. Wir streiten dafür, dass dieser Umbau ohne Kündigungen geschieht. Die SPD wird sich auch zukünftig dafür einsetzen, dass kein Personalabbau in städtischen Unternehmen und ihren Beteiligungsgesellschaften stattfindet.

Auch in Zukunft brauchen wir gutes Personal

In den kommenden 15 Jahren werden viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Darmstadt in den Ruhestand gehen. Das betrifft Angestellte und Beamte gleichermaßen. Um wertvolles Fachwissen zu erhalten und auch zukünftig über ausreichend Personal in den städtischen Behörden zu verfügen, müssen wir heute anfangen, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszubilden. Die SPD spricht sich deshalb für mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt und ihren Eigenbetrieben aus. Wir wollen die arbeitsmarktpolitische Situation von Menschen mit Behinderungen besonders in den Fokus nehmen. Durch Fördermaßnahmen sollen sie eine berufliche Perspektive erhalten und langfristig erfolgreich in einen inklusiven Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Finanzen und Verwaltung

Die finanzielle Lage der Kommunen ist nach wie vor besorgniserregend. Die Schulden der Städte und Gemeinden wachsen weiter. Den hessischen Kommunen fehlen pro Jahr eine Milliarde Euro, der Grund hierfür ist die städte- und bürgerfeindliche Politik der schwarz-grünen Landesregierung. Diese hat bislang zu einem kommunalen Investitionsstau in Höhe von etwa 15 Milliarden Euro geführt. Wir wollen, dass Kommunen eine Zukunft haben, denn hier werden die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort gestaltet und die Weichen für ein erfolgreiches Miteinander gestellt. Deshalb fordern wir eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen, wie es unsere Verfassung vorsieht, damit die Städte und Gemeinden handlungsfähig bleiben und den ihnen übertragenen Aufgaben auch gerecht werden können.

Für handlungsfähige Kommunen

Mit dem sogenannten Schutzschirmgesetz wollte die Hessische Landesregierung 2012 besonders hoch verschuldeten Kommunen unter die Arme greifen. Auch Darmstadt ist Schutzschirmkommune. Damit wurde der Stadt unter starken Auflagen ermöglicht, Kassen- und Investitionskredite in Höhe von insgesamt 186 Millionen Euro durch den Entschuldungsfonds abzulösen. Bislang kann die Stadt aufgrund historisch sehr hoher Einnahmen die damit verbundenen Auflagen erfüllen. Sollte sich jedoch die konjunkturelle Entwicklung verschlechtern, besteht die akute Gefahr, dass auch Darmstadt die Restriktionen des Schutzschirms zu spüren bekommt, die vor allem Schließungen und Einsparungen im Bereich der sog. freiwilligen Leistungen bedeuten würde. Konkret hieße das: Streichungen bei Zuschüssen für soziale und kulturelle Träger, für Sportvereine und andere ehrenamtlich engagierte Gruppierungen.

Die SPD hat in der Bundesregierung durchgesetzt, den Kommunen 5 Milliarden Euro mit dem kommunalen Investitionspaket zur Verfügung zu stellen. Von den 5 Milliarden Euro stehen 3,5 Milliarden Euro in Form eines Investitionsfonds zur Verfügung. Weiterhin werden die Kommunen im Jahr 2017 zusätzlich um 1,5 Milliarden Euro entlastet. Der SPD war es wichtig, dass diese finanziellen Mittel vor allem von strukturschwachen Kommunen mit finanziellen Schwierigkeiten genutzt werden können. Gefördert werden damit Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Bildungsinfrastruktur und Klimaschutz, d.h. es gibt beispielsweise zusätzliches Geld für Krankenhäuser, Lärmschutzmaßnahmen an Straßen und bauliche Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit. Außerdem wird das Geld für Schulen und Kitas sowie für Weiterbildungseinrichtungen verwendet werden. Kommunen haben auch die Möglichkeit, die Fördermittel an Träger weiterzureichen, die Projekte anbieten, die den Förderrichtlinien entsprechen.

Die SPD Darmstadt schließt sich der Forderung der kommunalen Spitzenverbände an, die Kommunen bei der Finanzierung der gewaltigen Herausforderung des Flüchtlingszustroms nicht alleine zu lassen. Bund und Länder müssen für eine ausreichende Kostenpauschale pro Flüchtling sorgen. Die Flüchtlingsfrage darf nicht zu sozialen Verwerfungen führen.

Die Haushaltsentwicklung in Darmstadt

Obwohl die Einnahmen seit dem Krisenjahr 2011 stetig steigen, ist die Schuldenentwicklung in Darmstadt dramatisch. Gegenüber dem Jahr 2011 verfügte Darmstadt im Jahr 2015 über 160 Millionen Euro an Mehreinnahmen. Trotzdem stieg die Gesamtverschuldung in dieser Zeit von 791 Millionen Euro auf 841 Millionen Euro – im Jahr 2018 wird mit über 1 Milliarde Euro Schulden gerechnet. Wie gefährlich es ist, sich ausschließlich auf die durch gute konjunkturelle Aussichten bedingten hohen Einnahmen zu verlassen, zeigt die Gewerbesteuerentwicklung für das Jahr 2015. Gegenüber dem ursprünglichen Ansatz wird schon jetzt mit einem Minus von 20 Millionen Euro gerechnet.

Die Reduzierung des jährlichen Defizits beruht allein auf Einnahmesteigerungen und ist nicht auf Einspareffekte im Haushalt zurückzuführen. Obwohl Darmstadt mit geplanten 180 Millionen Euro Einnahmen aus der Gewerbesteuer für das Jahr 2015 hervorragend dasteht (im Vergleich dazu: Gewerbesteuereinnahmen 2011: 72 Millionen Euro), spart die Stadt nicht, sondern gibt immer noch mehr Geld aus, als sie einnimmt.

Zwischen 2011 und 2015 hat die grüne-schwarze Koalition die Ausgaben von 362,3 Millionen Euro um 170 Millionen Euro auf 532 Millionen Euro gesteigert.

Neben der Gewerbesteuer trägt auch die positive Entwicklung der Einkommenssteuer aufgrund des

Bevölkerungswachstums in Darmstadt zu der guten Einnahmesituation bei. Während daraus im Jahr 2011 61,3 Millionen Euro an Einnahmen resultierten, waren es für das Jahr 2015 mit 86,5 Millionen Euro über 20 Millionen Euro mehr.

Dies zeigt, dass die sogenannte Haushaltskonsolidierung in Darmstadt (neben den o.g. massiven Einnahmesteigerungen) vor allem durch die Bürgerinnen und Bürger aufgrund massiver Gebühren- und Abgabensteigerungen finanziert wird. Erhöht wurden die Grundsteuer A, die Grundsteuer B (+44%!), die Mieten in Bürgerhäusern, die Parkgebühren, die Hundesteuer, die Anliegerbeiträge bei Baumaßnahmen, der Verpflegungskostenbeitrag in städtischen Horten usw. Hinzu kommt, dass die Stadt durch Schließungen von Einrichtungen wie Bürgerbüros und Stadtteilbibliotheken, Leistungseinschränkungen in den Bezirksverwaltungen und Zuschusskürzungen bei Vereinen und Verbänden, die soziale Infrastruktur für Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt hat.

Wir werden alle Großprojekte auf den Prüfstand stellen und streng nach den Maßgaben der Notwendigkeit entscheiden. Priorität vor neuen Projekten hat dabei die Sanierung von Infrastruktur und Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Grundsteuer B

Eine der höchsten Belastungen, die die Rathauskoalition den Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet hat, ist die seit 2011 um gut 44% gestiegene Grundsteuer B. Die Erhöhung der Grundsteuer B trifft alle: Hauseigentümer und Mieter, denn die Grundsteuer B wird über die Nebenkosten voll umgelegt. In Darmstadt lag der sogenannte Hebesatz noch 2011 bei 370 Punkten und wurde von Grün-Schwarz in zwei Schritten auf 535 Punkte erhöht. Damit hat Darmstadt eine der höchsten Steuerbelastungen von allen kreisfreien Städten in Hessen. Wohnen in Darmstadt ist damit von der grün-schwarzen Koalition um rund 12,5 Millionen Euro teurer gemacht worden. Wir werden den Hebesatz der Grundsteuer B wieder auf das Niveau von 460 Punkten senken. Damit entlasten wir die Darmstädter um 6,5 Millionen Euro jährlich.

Gewerbesteuer

Stattdessen werden wir die Gewerbesteuer von 425 Punkten auf 440 Punkte anpassen. Damit läge Darmstadt auf dem Niveau der weitaus meisten vergleichbaren Großstädte im Rhein-Main-Gebiet. Kein Unternehmen wird Darmstadt deswegen verlassen. Darmstadt hat eine hervorragende Infrastruktur und Unternehmen finden hier Standortfaktoren vor, die sie benötigen. Aber auch die müssen finanziert werden. Durch die Anpassung der Gewerbesteuer kann die Finanzierung notwendiger Infrastruktur wie Straßen und Kindergärten und der Haushaltsanierung gerechter zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Gewerbe aufgeteilt werden. Dies wäre die erste leichte Anpassung der Gewerbesteuer seit 1993.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken - Strukturen verbessern

Auch im Bereich Personal sind die Kosten seit 2011 um über 10 Millionen Euro gestiegen. Während sie 2011 bei 96,5 Millionen Euro lagen, stiegen sie bis 2015 auf 107,6 Millionen Euro an. Wir setzen uns für eine Personalpolitik mit Augenmaß und eine Deckelung der Kosten ein.

Als Arbeitgeber hat die Stadt eine große Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dieser Verantwortung werden wir gerecht. Wir wollen eine strukturelle Aufgabenanalyse, die den zukünftigen Bedarf ermittelt und im Rahmen einer vorausschauenden Personalentwicklungs-

planung Schwerpunkte setzt. Besonders wichtig ist uns dabei, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich fortbilden können, um neue Qualifikationen zu erwerben, denn nur gut ausgebildetes Personal kann die Verwaltung voranbringen und Zukunftsprojekte umsetzen. Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst ein und werden gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalräten die Arbeitszeitmodelle überprüfen. An diesem Prozess werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Personalräte und Gewerkschaften eingebunden, um ihnen so die Möglichkeit zu geben, die Verwaltungsstrukturen in Darmstadt mit weiterentwickeln zu können. Wir wollen dazu das Fachwissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen und so gemeinsam die Darmstädter Verwaltung weiter voranbringen.

Die Stadt hat gerade im Bereich der Ausbildung eine Vorbildfunktion. Deshalb werden wir die Zahl der Ausbildungsverhältnisse vor allem in den Bereichen erhöhen, in denen die berufliche Qualifikation auch außerhalb des öffentlichen Dienstes gefragt ist. Außerdem wollen wir interkulturelle Kompetenzen weiter fördern.

Wir wollen Politik und Verwaltung nach den Kriterien des „Open Governments“ gestalten und die Stadtverwaltung weiter für die Bevölkerung und Wirtschaft öffnen.

Dabei sollen die Informationen und Dienste der Stadtverwaltung so umfassend wie möglich und barrierefrei online für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden. Damit wollen wir zu mehr Transparenz und Teilhabe beitragen und die Zusammenarbeit der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche fördern sowie die Serviceorientierung der Stadtverwaltung weiter verbessern.

Neustrukturierung der Unterbringung der Darmstädter Stadtverwaltung

Bei dem Projekt „Neubau Rathaus“ handelt es sich um eines der teuersten Projekte, das die Stadt Darmstadt angehen will. Auch die SPD Darmstadt hält es für notwendig, neue Lösungen für die Unterbringung der Darmstädter Stadtverwaltung zu finden. Eine moderne Verwaltung benötigt eine moderne Infrastruktur. Eine Entscheidung für oder gegen einen Neubau kann aber erst erfolgen, wenn alle Alternativen dazu geprüft wurden und ein Kostenvergleich der verschiedenen Varianten vorliegt. Neben einem Neubau muss ebenfalls geprüft werden, ob eine dezentrale Unterbringung der Ämter kostengünstiger für die Stadt Darmstadt zu realisieren ist als mit einem Neubau. Es besteht zwar Handlungsbedarf, aber es gibt aus Sicht der SPD Darmstadt keinen zwingenden Grund, ein Rathaus für 110 Millionen Euro komplett neu zu bauen. Vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt hält die SPD eine Sanierung und Erweiterung der bisherigen Standorte für sinnvoller als einen kompletten Rathaus-Neubau.

Die SPD fordert daher, dass die bisherigen Untersuchungen zum „Neubau Rathaus“ um Alternativen mit dezentralen und nicht zusammenhängenden Standorten zu ergänzen sind. Vor allem ist bei den weiteren Untersuchungen der Standort Luisenplatz unter Einbeziehung der bestehenden Flächen und deren eventueller Erweiterungen zu untersuchen. Wir setzen uns daher für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Nutzung des Kollegiengebäudes ein. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt muss klar nachvollziehbar sein, welche Option für die Stadt die kostengünstigste Variante ist.

Ebenfalls lassen sich Flächen, Kosten, Material und vor allem Amtswege für die Bürgerinnen und Bürger durch den Ausbau von eGovernment-Möglichkeiten einsparen. Die SPD Darmstadt fordert, dass dieser Bereich kontinuierlich ausgebaut wird und ein Konzept für die Stadt Darmstadt zur optimalen Ausnutzung der Möglichkeiten durch den Einsatz einer speziell auf die Bedürfnisse der Stadt Darmstadt ausgerichteten eGovernment-Strategie entwickelt wird.

Daseinsvorsorge sichern - Privatisierungsbremse für Kommunen

Die Daseinsvorsorge, d.h. die Versorgung mit Energie, Wasser, Wärme, Wohnungsbau, Telekommunikation, Infrastruktur, ÖPNV, Müllabfuhr, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und Bädern in unserer Stadt muss gesichert werden und in kommunaler Hand bleiben. Denn öffentliches Eigentum ist kein Selbstzweck, sondern dient dazu, Bürgerinnen und Bürgern bezahlbare Zugänge zur Daseinsvorsorge bereitzustellen. In Darmstadt wird die Daseinsvorsorge durch die Darmstädter Stadtwirtschaft und ihre Stadtwirtschaftsstrategie gesichert. Ein Verkauf von kommunalen Unternehmen geht in der Regel zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, da private Unternehmen mit der Leistungserbringung Profit erzielen wollen. Deshalb wollen wir, dass die Verantwortung der Daseinsvorsorge in kommunalen Händen bleibt. Kommunale Unternehmen orientieren sich nicht ausschließlich an den Zahlen des nächsten Quartals, sondern auch an den Bedürfnissen der nächsten und übernächsten Generationen. Privatisierungen der Daseinsvorsorge und der Stadtwirtschaft bewirken höchstens Einmal-Effekte in den kommunalen Haushalten und entziehen wesentliche Teile der Infrastruktur auf Dauer der demokratischen Kontrolle.

Auch in Darmstadt gibt es immer wieder Diskussionen darüber, Unternehmen der Stadtwirtschaft zu verkaufen. Damit werden Arbeitsplätze in Darmstadt gefährdet, denn bei Privatisierungen muss damit gerechnet werden, dass Unternehmen Arbeitsplätze abbauen oder an andere Standorte verlagern. Um dies zu verhindern, wird die SPD Darmstadt sich dafür einsetzen, eine „Privatisierungsbremse“ für Kommunen in der Hessischen Landesverfassung zu verankern. In Darmstadt werden wir davon unabhängig eine entsprechende „Privatisierungsbremse“ in die Stadtwirtschaftsstrategie als ersten Schritt einfügen. Privatisierungen können dann nur noch mit Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Viele Privatisierungsentscheidungen werden ohne eine ausreichende Beteiligung der Öffentlichkeit und ohne ausreichende Abwägung von Alternativen getroffen. Das wollen wir ändern.

Bildung

Das alte sozialdemokratische Credo ist heute noch richtig: Bildung und sozialer Aufstieg dürfen nicht vom Einkommen der Eltern oder der sozialen Herkunft abhängen. Bildung ist der Schlüssel zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit.

Für mehr Einfluss der Kommunen

Kommunen tragen rund 50 Prozent der Kosten, die für Schule und Bildung anfallen, können aber kaum Einfluss nehmen – weder auf die strukturelle noch auf die pädagogische Ausrichtung der Schulen vor Ort. Deshalb fordern wir mehr Einfluss für die Kommunen und setzen uns weiter für ein integriertes Bildungsangebot ein, denn es geht nicht allein darum, Schülerströme auf Schulen zu verteilen oder Schulräume zu verbessern. Aus diesem Grund benötigen wir ein integriertes Bildungskonzept, in das alle vor- und außerschulischen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen einbezogen werden. Wir wollen die Grundzüge des Bildungs- und Erziehungsplans auf alle Bildungsebenen übertragen.

Für den Ausbau von Ganztagschulen - Nachmittagsbetreuung sicherstellen

Wir setzen uns für den Ausbau der Schulen in Darmstadt zu echten Ganztagschulen ein. Echte Ganztagschulen tragen entscheidend dazu bei, dass Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Bil-

derungserfolge erzielen können, weil sie optimal gefördert werden können. Wir wollen deshalb das längere gemeinsame Lernen an einer Schule für alle voranbringen. Ganztagschulen in gebundener Form bis in den Nachmittag bieten auch neue Möglichkeiten für partizipative und selbstverantwortliche Lernformen. Bis zur Umsetzung dieses Vorhabens fordern wir für die Übergangszeit eine Erweiterung des Betreuungsangebots.

Außerdem ist es besonders wichtig, praxisbezogene Schulangebote (z.B. Produktionsschulen) für verhaltensauffällige und erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Wir wollen alle Schulen weiter zu vollwertigen Ganztagschulen ausbauen und die pädagogische Qualität verbessern. Insbesondere wollen wir Integrierte Gesamtschulen und alle integrativen Bildungsangebote besonders fördern. Wir begrüßen, dass jetzt die Möglichkeit besteht, zu G9 zurückzukehren und werden jede Schule, die dies möchte, dabei unterstützen.

Zur Entwicklung der Konversionsflächen in Darmstadt gehört auch die Einrichtung einer weiteren Grund- und weiterführenden Schule. Wir setzen uns dafür ein, dass dies eine Integrierte Gesamtschule sein wird.

Inklusionsfonds für Schulen

Inklusion ist die zentrale Bildungsherausforderung schlechthin und ein noch nicht gewährtes Menschenrecht. Wir wollen die Darmstädter Schulen in die Lage versetzen, schnell, unbürokratisch und mit geringem Aufwand inklusive Maßnahmen umzusetzen. Um das zu ermöglichen, setzt sich die SPD für die Einrichtung eines Inklusionsfonds für Schulen ein. Dazu zählen Maßnahmen, die der Barrierefreiheit dienen, wie Rampen, Hebebühnen, automatische Türen, Blindenleitsysteme oder Investitionen in die Raumakustik. Die Maßnahmen aus dem Inklusionsfonds sollen zusätzlich zu ordentlichen Schulbaumaßnahmen stattfinden, die nach geltendem Baurecht ohnehin barrierefrei sein müssen. Die Stadt Darmstadt ist vor allem für die räumlichen Voraussetzungen verantwortlich, ohne die Inklusion nicht funktionieren kann. Barrierefreie Schulen sind der zentrale städtische Beitrag zum inklusiven Unterricht. Mit dem Inklusionsfonds können wir die Rechte von Menschen mit Behinderung stärken und dabei helfen, die Bildungsqualität zu verbessern.

Schulbausanierung fortführen

Grundsätzlich gilt für die SPD, dass Schulen, die eine höhere soziale und kulturelle Integrationsleistung erbringen müssen als andere, bei der Sanierung und Ausstattung Vorrang haben müssen. Das Schulbausanierungsprogramm hat für die SPD weiterhin absolute Priorität.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung der beiden Berufsschulzentren endlich durchgeführt wird. Hier hat es bislang seit knapp zwei Jahren nur Ankündigungen gegeben, was gemacht werden soll und wie die Berufsausbildung zukünftig räumlich und inhaltlich neu gestaltet werden kann, aber umgesetzt wurde von Grün-Schwarz davon nichts. Aus Sicht der SPD besteht hier dringender Handlungsbedarf, da die Gebäude stark sanierungsbedürftig sind.

Integrative Schulentwicklungsplanung

Die SPD fordert weiterhin einen integrativen Schulentwicklungsplan und wendet sich gegen das Selektionsinteresse der Landesregierung. Die Grundschuleinzugsgebiete müssen neu überdacht werden. Wir fordern bereits in Grundschulen ein Ganztagsangebot. Wir wollen an allen Darmstädter Grundschulen flexible Eingangsstufen schaffen. Die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf durch pädagogische Fachkräfte ist ein wichtiger Baustein für ein inklusives Schulsystem.

Ausbau der Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg

Bildungsregion heißt für uns, egoistische regionale Interessen zugunsten einer gemeinsamen Schulentwicklung zurückzustellen. Bildung hört nicht an der Stadtgrenze auf. Gemeinsam mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg muss die Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg weiter ausgebaut werden. Dies gilt vor allem im Bereich der beruflichen Schulen, bei denen es künftig immer mehr Berufsschulfelder geben wird, die eine intensivere Kooperation der Schulen untereinander erforderlich machen. Dafür ist ein gemeinsamer, mit Darmstadt-Dieburg entwickelter Berufsschulentwicklungsplan nötig. In einem weiteren Schritt werden wir das von der Rathauskoalition aufgegebene Vorhaben, mit dem Landkreis einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen aufzulegen, wieder aufnehmen.

Unser Ziel: Ausbildung für alle Jugendlichen

Berufsschulen müssen gestärkt und weiterentwickelt werden, um allen Jugendlichen die Chance auf eine Ausbildung zu ermöglichen. Wichtig ist uns, dass die Wege zwischen Berufsschule, Ausbildungsplatz und Wohnort gut zu bewältigen sind.

Wir setzen uns für die Fortführung und den Ausbau von lokalen Ausbildungsbörsen ein, die gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung, Schulen, Unternehmen, Arbeitnehmervertretungen, Gewerkschaften und Gewerbevereinen Jugendliche bei der Wahl einer Berufsausbildung unterstützen, um deutlich zu machen, welche Chancen damit verbunden sind.

Mobilität

Die Verkehrspolitik ist eines der zentralen Probleme Darmstadts. Mittlerweile ist der Verkehr auf Schiene und Straße an seinen Kapazitätsgrenzen angelangt. Deshalb werden wir ein gesamtstädtisches Verkehrsentwicklungskonzept entwickeln, das auch die Grundidee eines solidarisch finanzierten ÖPNV umfasst.

Individualverkehr

Im Bereich des Individualverkehrs ist Darmstadt mittlerweile ein „Nadelöhr“. Ein Konzept, wie zukünftig alle Verkehrsströme (PKW, LKW, ÖPNV, Fahrradfahrer und Fußgänger) nebeneinander in der Stadt sinnvoll vorankommen, ist nicht erkennbar. Die kommunalen Straßen sind größtenteils in einem schlechten Zustand. Wir werden den Zustand der Straßen verbessern.

Für unsere Nachbarn im östlichen Landkreis wird das Pendeln zum Arbeitsplatz durch die Verkehrssituation zu einer Zumutung. Wir werden in enger Abstimmung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg in eine neue Verkehrsentwicklungsplanung einsteigen und den Verkehrsentwicklungsplan von 2006 zeitnah fortschreiben, in dem alle Verkehrsträger Berücksichtigung finden sollen. Wichtig ist uns dabei, ein integriertes Konzept zu entwickeln, in dem sich die Verkehrsströme und das Mobilitätsverhalten der gesamten Region wiederfinden.

ÖPNV

Um die Mobilität in Darmstadt und der Region weiterzuentwickeln, stehen wir für einen verstärkten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und fordern mehr Finanzmittel für den Betrieb, für neue Fahrzeuge und die erforderlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit Entwicklung der Konversionsflächen im Süden Darmstadts steigt der Bedarf an öffentlichem Nahverkehr weiter. Die derzeit schon hoch belasteten Linien 1, 6, 7 und 8 müssten unbedingt verstärkt werden. Da die derzeitige Strecke schon komplett ausgelastet ist, halten wir die Anbindung der derzeitigen Strecke der Linie 3 von der Lichtenbergschule zur Haltestelle Marienhöhe für sinnvoll. Die Streckenführung der 18 Mio. teuren Lichtwiesen-Straßenbahn lehnen wir ab. Wir werden umfangreiche Bürgerbeteiligung und darauf aufbauend eine neue Prüfung zur ÖPNV-Erschließung des Campus-Lichtwiese in Auftrag geben mit dem Ziel, den ÖPNV zu stärken und Grünflächen zu erhalten.

Die Anbindung an die Städte und Gemeinden im östlichen Landkreis Darmstadt-Dieburg muss auf neue Füße gestellt werden. Zu prüfen ist, ob die Einrichtung von Sammelbuslinien oder schienengebundenem Verkehr in Betracht kommen könnte. Hierdurch wird nicht nur das Linienbusaufkommen zwischen dem „Nadelöhr Ostbahnhof“ und dem Luisenplatz reduziert, sondern auch die Attraktivität der ÖPNV-Nutzung durch eine absehbar verbesserte Zuverlässigkeit der Anbindung nach Roßdorf, Groß Zimmern und dem Hochschulstandort Dieburg gesteigert.

Der Osten Darmstadts ächzt unter dem Schwerlast- und Busverkehr, während im Westen die Wohn- und Gewerbegebiete neue Verkehrsströme produzieren. Diesen Strömen wollen wir sozial und ökologisch begegnen: Durch eine neue Ost-West-Straßenbahn. Diese soll die früheren Kelley-Baracks und das ehemalige Nathan Hale Depot über die T-Online Allee, den Hauptbahnhof und den Luisenplatz mit dem Ostbahnhof verbinden. Damit werden die westlichen Konversionsgebiete erschlossen. Außerdem besteht die Möglichkeit, den Busverkehr am Ostbahnhof zu brechen und einen Park&Ride-Parkplatz einzurichten, um den Verkehrsfluss auf die Schiene zu verlagern. Die SPD wird eine Machbarkeitsstudie für eine Ost-West-Straßenbahn veranlassen.

Im ÖPNV hat für uns der Betrieb, die Investitionen in neue Fahrzeuge und in die erforderlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Vorrang vor neuen Gleisbegrünungen.

ICE-Anbindung

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der Region ist auch eine Anbindung Darmstadts an die geplante ICE Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim mit einem Halt im Hauptbahnhof Darmstadt. Hierbei wollen wir konsensual mit der Region und den benachbarten Kommunen im Sinn der Korridorstudie zusammenarbeiten, um dieses Zukunftsprojekt endlich zu verwirklichen.

Park+Ride

Das derzeitige Park+Ride Angebot in Darmstadt ist ungenügend. Neben den bestehenden Möglichkeiten am Hauptbahnhof existieren lediglich kleinere Stellflächen am Arheilger Bahnhof und in Wixhausen.

Als möglicher weiterer Standort bietet sich das Umfeld des Ostbahnhofs an. Von hier aus besteht eine regelmäßige Anbindung durch die Verkehrsgesellschaft VIAS an den Darmstädter Hauptbahnhof, an den Frankfurter Hauptbahnhof und nicht zuletzt an den Darmstädter Nordbahnhof und damit an die Firma Merck als großen Arbeitgeber. In die Innenstadt bestehen Bus-Verbindungen zu Stoßzeiten im 5-Minuten-Takt.

Ein weiteres Standbein im Osten der Stadt könnte das Umfeld des Böllenfalltorstadions sein. Die hier ohnehin mittelfristig zu schaffenden Parkmöglichkeiten können außerhalb der Spielzeiten ebenfalls als Park+Ride Flächen genutzt werden. Eine Anbindung an die Innenstadt und den Hauptbahnhof erfolgt über die Straßenbahnlinien 2 und 9 sowie über den Bus „R“. Weiterhin befinden sich die Bahnstation „TU-Lichtwiese“ und damit eine direkte Anbindung nach Frankfurt sowie an den Darmstädter Haupt- und Nordbahnhof in fußläufiger Entfernung.

Als sinnvolle Möglichkeit, im Süden der Stadt eine Park+Ride Fläche zu schaffen, bietet sich der Eberstädter Bahnhof sowie das angrenzende Gelände der ehemaligen Papierfabrik an. Der Eberstädter Bahnhof ist von der Autobahn direkt anzufahren und bietet mit der Pfungstadtbahn sowie mit der Regionalbahn 60 eine direkte Anbindung an den Darmstädter Hauptbahnhof sowie nach Frankfurt, Mannheim und Heidelberg.

Wir stehen für eine bessere Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger. Wir wollen für Pendler aus dem Umland einen Anreiz schaffen, das Auto an den Stadtgrenzen stehen zu lassen und so eine Entlastung der Innenstadt erreichen.

Fernbusverkehr

Die Attraktivität, mit dem Fernbus zu reisen, hat im letzten Jahr zugenommen. Durch die Fernbusse erreichen immer mehr Reisende Darmstadt. Derzeit halten die Fernbusse auf der Westseite des Hauptbahnhofs in der Nähe des Europaplatzes. Das Quartier rund um den Europaplatz entwickelt sich in den letzten Jahren nachhaltig. Neben neuem Wohnraum haben sich hier neue Firmen angesiedelt. Im Sinne eines einheitlichen Verkehrs-Konzeptes und dem Ziel, das Reisen nach Darmstadt attraktiver zu gestalten, fordern wir ein Konzept zur Erarbeitung einer Fernbusstation am Europaplatz.

Car-Sharing

Car-Sharing erfreut sich zunehmender Beliebtheit - die Vorteile liegen auf der Hand. Gerade im städtischen Umfeld ist Car-Sharing eine Alternative zum eigenen Auto und hilft auch, die Parkplatzsituation in urbanen Wohnquartieren zu entspannen. Verbindet man diese Vorteile noch mit einem Auto mit Elektroantrieb, ergibt sich zusätzlich eine weitere Reduzierung der Emissionsbelastung im innerstädtischen Raum.

Fahrräder

Darmstadt hat das Potential zur Fahrradstadt. Bisher enden Fahrradwege abrupt und bilden so eine Gefahrenquelle. Für eine sichere Nutzung des Fahrrades ist ein ganzheitliches Konzept analog anderer Städte zu entwickeln und umzusetzen. Die Einrichtung von partiellen Fahrradstraßen ist nicht hilfreich und aus unserer Sicht lediglich eine kostspielige „Augenwischerei“.

Wir setzen uns für die Schaffung einer durchgängigen, sicheren Radwegeverbindung sowohl von Ost nach West als auch von Nord nach Süd ein. Wir unterstützen den Ausbau des Mietfahrrädersystems und fordern die Erweiterung durch E-Bikes. Der Ausbau von Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im ÖPNV und damit die Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger ist uns ein Anliegen.

Sport

Sport ist in vielerlei Hinsicht bedeutend: Er beugt Krankheiten vor, dient der Entwicklung und dem Erhalt der motorischen Fähigkeiten und ist vor allem sozial integrativ. Sport bietet Jugendlichen die Möglichkeit, gemeinsam etwas zu erleben, sich mit anderen zu messen, soziale Kontakte zu pflegen, Vertrauen zu anderen aufzubauen und im Team zu spielen.

Die Sportvereine schaffen durch ihre Struktur, die auf gegenseitiger Hilfe und ehrenamtlichem Engagement aufgebaut ist, die Voraussetzungen für viele der positiven Begleitscheinungen des Sports. Derzeit stehen sie allerdings gleich vor vier tiefgreifenden Herausforderungen. Erstens gibt es immer mehr Menschen, die eine flexiblere und damit individuellere Planung ihrer sportlichen Betätigungen vorziehen und deshalb nicht Mitglied werden. Zweitens nehmen die Identifikation und das Engagement vieler Mitglieder mit ihren Vereinen ab. Zahlreiche früher ehrenamtlich ausgeführte Arbeiten (Pflege der Wettkampfstätten, Übungsleiter) können die Vereine heute kaum noch aufrechterhalten. Drittens wird das Angebot an nachmittäglicher Betreuung an den Schulen langsam weiter ausgebaut – auch die Ganztagschule ist weiterhin im Gespräch. Dadurch geraten manche Sportangebote von Vereinen in einen zeitlichen Konflikt mit dem Schulunterricht. Gleichzeitig eröffnen aber Kooperationen mit Schulen den Vereinen auch Möglichkeiten für sich und den eigenen Sport zu werben oder Talente zu entdecken. Viertens stellt die Gesellschaft insgesamt immer mehr Anforderungen an Sportvereine. Neben dem klassischen Leistungs- und Breitensport soll die Gesundheit gefördert, ältere Menschen eingebunden, Netzwerkarbeit mit sozialen Einrichtungen betrieben, die Inklusion gefördert und Integration ermöglicht werden.

Wir verstehen uns als Partner der Sportvereine und anerkennen und schätzen deren besondere und herausgehobene Stellung bei der Organisation sportlicher Betätigung. Es gilt die Vereine so zu stärken, dass sie den oben formulierten Herausforderungen erfolgreich begegnen können. Das bedeutet gleichwohl nicht, die aktuellen Entwicklungen hin zu einer individuelleren sportlichen Betätigung oder gar den Ausbau von Ganztagschulen abzulehnen. Wir wollen vielmehr weiterhin dafür sorgen, dass ein flexibles und vielfältiges Sportangebot in Darmstadt vorgehalten wird. Dieses Sportangebot muss inklusiv sein und allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihren Fähigkeiten offen stehen. Es muss die Möglichkeit bieten, sich zu messen und gleichzeitig Menschen mit besonderen Fähigkeiten fördern.

Sportstätten erhalten und dezentral ausbauen

Die Basis eines guten sportlichen Angebots sind die zahlreichen von Vereinen genutzten Sportstätten. Die Stadt hat gemeinsam mit den Vereinen die Aufgabe, diese Sportanlagen in einem guten Zustand zu halten. Dies wollen wir sicherstellen. Bei den städtischen Hallen und Anlagen müssen entsprechend fortlaufend Investitionen getätigt werden, um die sportliche Nutzbarkeit zu gewährleisten.

Aber auch bei den vereinseigenen Sportstätten oder gepachteten Anlagen trägt die Stadt einen Teil der Verantwortung. Den Vereinen, denen eine Pflege immer schwerer fällt, muss die Hand gereicht werden, denn wir sind der Meinung, dass sich Investitionen in den Sport immer auszahlen. Auch sollte die Stadt die Vereine bei den Energiekosten weiter und in steigendem Maße unterstützen.

Bei Sanierung und Bau von zukunftsfähigen Sportanlagen legen wir unser Augenmerk auf Ressourcen- und Umweltschonung. Vereine, die eigene Anlagen unterhalten, werden wir in ihren Anstrengungen unterstützen, Investitionen insbesondere im Bereich des Energiesparens durchzuführen. Hierbei kann die Stadt wesentliche Anreize setzen. Sportanlagen müssen aber nicht nur energieeffizient sein, sondern es muss auch ein Augenmerk auf die sich verändernden Anforderungen an die sportliche Nutzbarkeit gelegt werden. Die Investitionszuschüsse der Stadt müssen insgesamt angepasst und gerecht verteilt werden.

Außerdem fordern wir eine stärkere organisatorische Unterstützung der Vereine, beispielsweise durch eine städtische Betreibergesellschaft für Sportanlagen. Eine gute Infrastruktur zu bieten, ist ein wichtiger Punkt der Daseinsvorsorge. Die Einführung eines zentralen, digitalen Sportstättenmanagement, in dem die Übungszeiten in den Hallen und Sportstätten ganz Darmstadts erfasst werden, könnte für eine sinnvollere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sorgen und die Arbeit der Ehrenamtlichen enorm erleichtern.

Sport spielt sich aber nicht nur im organisierten Rahmen ab. Menschen wollen ihren Bewegungsdrang in der gesamten Stadt ausleben. Die SPD fordert deshalb eine bewegungsfreundliche Stadt. Dazu gehört es, quartiersbezogene und wohnortnahe Möglichkeiten zur Bewegung in den Alltag zu integrieren. Dabei kann es sich um Skateparks oder Bolz- und Streetballplätze, um Laufstrecken für Jogger oder um Bewegungsparcours handeln. Manchmal reicht es aber schon aus, die Straßen als Spielorte für Kinder zurückzugewinnen, beispielsweise durch Spielstraßen auf Zeit. Diese Ideen für eine moderne und bewegungsfreundliche Stadt müssen in der Stadtplanung Berücksichtigung finden.

Sportangebote

Auch der Sport muss sich auf die älter werdende Bevölkerung einstellen. Für uns ist es deshalb wichtig, dass Sportangebote ausgebaut werden, die sich besonders auch an ältere Menschen richten. Es muss an die Barrierefreiheit der Sportanlagen gedacht und Übungszeiten angepasst werden. Hierzu müssen insbesondere Kooperationen zwischen Gesundheitsträgern und Sportvereinen gestärkt werden, um die spezifischen Kenntnisse zu verbinden und für gemeinsame Projekte zu werben. Aufgabe der Stadt ist es, diese Projekte zu fördern und auch organisatorisch zu unterstützen.

Auch für die soziale Integration und vor allem für die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft hat der Sport eine herausragende Bedeutung. Wir wollen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Potenziale des Sports in diesem Bereich gemeinsam mit den Sportvereinen gezielt stärken. Das soll sowohl über Hilfestellungen und Kooperation mit den Sportvereinen funktionieren, als auch über Anreize für die Vereine, eigene Ideen und Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Hierzu gehört auch, den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den Vereinen zu erhöhen. Wir wollen deshalb Sportvereine gezielt fördern, die Flüchtlinge und andere Migrantinnen und Migranten ansprechen, die kulturübergreifende Sportangebote und Projekte entwickeln und umsetzen, die Patenschaftsprogramme anbieten oder die Menschen mit Migrationshintergrund zu Übungsleitern ausbilden. Insbesondere Migrantinnen profitieren von den positiven Effekten, die ihr sportliches Engagement auf die Integration hat.

Leistungssport braucht Unterstützung

Neben dem Vereinssport für Amateursportlerinnen und Amateursportler und dezentralen Bewegungsangeboten in den Stadtteilen wollen wir uns auch dem Bereich des Leistungs- und Spitzensports widmen.

Die SPD unterstützt den Neubau des Merck-Stadions am Böllenfalltor am bisherigen Standort und setzt sich für eine möglichst hohe Gesamtkapazität und einen hohen Anteil an Stehplätzen ein. Mit Hilfe einer lärmindernden Architektur wollen wir mindestens 20.000 Fans Platz bieten. Außerdem werden wir die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Mindestzahl von 10.000 Stehplätzen einhalten, damit Tickets bezahlbar bleiben und alle sozialen Schichten Zugang zum Fußball haben. Wir wollen die „Bölle-Kultur“ im neuen Stadion erhalten.

Allerdings gehört für die SPD zur Vielfalt des Sports deutlich mehr als Fußball. Auch andere Sportstätten müssen so zukunftsfähig saniert werden, dass dort Breiten- und Leistungssport möglich ist und Turniere oder Wettkämpfe stattfinden können.

Quartiersbezogene Sportentwicklung

Sportentwicklung lässt sich nicht als isolierter Prozess betrachten. Der Sozialraum muss mitbedacht werden. Das kann sich in der Absprache von Angeboten zwischen Vereinen, in der Kooperation mit Jugendhilfe, Schule oder anderen Akteuren im Quartier zeigen. Es kann sich in Bezug auf die Räumlichkeiten durch die Hebung von Synergien, gemeinsame Nutzung von Sportanlagen, Konzipierung von vielfältig nutzbaren Sportflächen und Ähnlichem äußern. Wir wollen für die quartiersbezogene Orientierung von Sportentwicklung sorgen und die Akteure noch stärker dafür sensibilisieren.

Stärkung von Kindern und Jugendlichen

Die Sportvereine leisten bei der Entwicklung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen bereits eine sehr gute Arbeit. Durch die gezielte Weiterbildung von Jugendleiterinnen und Jugendleitern kann diese Arbeit weiter verbessert werden. Hier soll sich die Stadt weiter unterstützend einbringen. Bei der Verteilung der städtischen Zuschüsse ist beispielsweise darauf zu achten, dass Vereine mit kostenintensiver Jugendarbeit besondere Unterstützung erhalten.

Vereine sollten zudem unterstützt werden, ihre Vernetzung mit Schule und Jugendhilfe weiter auszubauen. Die Zusammenarbeit mit den Betreuungsangeboten und den Schulen wird für die Vereine in Zukunft größte Wichtigkeit haben. Sportprojekte an den Schulen können nicht nur die Qualität des ganztägigen Angebots verbessern, sondern auch nachhaltig Schülerinnen und Schüler für die nachschulischen Sportangebote der Vereine begeistern. Inzwischen gibt es auf diesem Feld bereits viele Kooperationen. Die SPD wird für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe werben und gemeinsame Projekte unterstützen.

Neben den vereinsbasierten Angeboten soll Bewegung und Sport wieder vermehrten Einzug in das Leben insbesondere von Kindern und Jugendlichen halten. Deshalb wollen wir Einrichtungen der Jugendhilfe wie Kindertagesstätten oder Jugendzentren dazu anhalten, Bewegungsangebote in ihre Konzepte aufzunehmen. Wir unterstützen zudem den Gedanken von Sportkindergärten. Die bereits bestehenden Projekte von sportbezogenen Angeboten für Ferienspiele sollen weiterhin gefördert und durch neue Projekte ergänzt werden.

Kindlicher Bewegungsdrang sollte jedoch nicht nur unter Anleitung in Institutionen ausgelebt werden, wir wollen stattdessen in der gesamten Stadt Spiel- und Sportmöglichkeiten schaffen.

Außerdem ist es uns wichtig, Sportangebote möglichst niedrigschwellig zur Verfügung zu stellen. Deshalb wollen wir die Idee des „Free Swimming“ aufgreifen, nach der an bestimmten Tagen freier Eintritt in den städtischen Schwimmbädern herrscht.

Engagement der Stadt

Soziale Verantwortung zu übernehmen heißt aber nicht nur, die Sportvereine mit Förderungen zu bestimmten Projekten zu bewegen oder eine gute Infrastruktur anzubieten. Nach Meinung der SPD muss die Stadt in diesem Bereich auch selbst Verantwortung übernehmen. Deshalb streben wir eine Aufwertung des Sportamtes in organisatorischer und personeller Hinsicht an. Insbesondere soll es verstärkt die Möglichkeit bekommen, die zahlreichen sozialen Komponenten des Sports zu fördern. Neben Netzwerkarbeit zwischen Vereinen, Schulen, Trägern der Jugendhilfe und dem Jugendamt selbst, soll das Sportamt sich auch organisatorisch an konkreten Projekten beteiligen und alle relevanten Sportgruppen für soziale Belange sensibilisieren – insbesondere für die Stärkung von Kindern und Jugendlichen, für Inklusion und Integration. In besonders benachteiligten Quartieren können Sportsozialarbeiterinnen und Sportsozialarbeiter vor Ort die Vereine unterstützen.

Kultur

Darmstadt ist eine Stadt mit großen kulturellen Einrichtungen, vielen Kulturvereinen, Kulturinitiativen und einer engagierten freien Kulturszene. Darmstadt ist mit einer Vielfalt ausgestattet, die kaum zu übertreffen ist. Darmstadt ist Kultur und die Menschen in Darmstadt schätzen diese Besonderheiten des Kulturlebens. Die Fülle von Angeboten und die Kulturlandschaft werden auch von den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt geschätzt. Darmstadt ist als Kulturstadt überregional anerkannt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns stets für eine ausgeprägte Kulturpolitik in Darmstadt eingesetzt und wollen dies fortsetzen. Kunst und Kultur sind ein wichtiger Zusammenhalt unserer Gesellschaft, sie bereichern unser Leben und sind wichtig für ein offenes und demokratisches Zusammenleben. Wir setzen uns weiterhin für eine „Kultur für alle“ ein, weil Kultur, Kunst und kulturelle Bildung heute mehr denn je notwendige Mittel gegen soziale Exklusion sind.

Kultur ist ein wesentlicher Teil der Stadtentwicklung und ein wichtiger Standortfaktor, auch für die Wirtschaft. Kultur schafft Lebensqualität. Kulturpolitik muss eine ausgewogene Balance zwischen der Wahrung kultureller Traditionen und Werte und der Förderungen neuer, innovativer Kreativbestrebungen schaffen. Hierfür wollen wir uns einsetzen.

Tradition

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz auf unser Staatstheater mit seinem hochwertigen Angebot als Dreispartenhaus. Es ist mit dem Schauspiel und Tanz, der Oper und einem hervorragenden Orchester ein Bestandteil unserer urbanen Lebensqualität und ein Magnet für die Menschen unserer Region und darüber hinaus. Im kulturellen Leben unserer Stadt spielt es eine zentrale Rolle. Das Dreispartenhaus muss daher weiterhin solide aus öffentlichen Mitteln gefördert und finanziert bleiben, damit es in Eigenverantwortung und mit der entsprechenden Planungssicherheit unter einem Dach ein breites, künstlerisch anspruchsvolles Angebot anbieten kann. Wir werden uns hierfür stets stark machen. Die international und überregional anerkannten Kulturinstitute der Literatur, der bildenden Kunst und der Musik brauchen ebenso weiterhin eine solide Finanzierung. Hier darf es zu keinen weiteren Kürzungen kommen. Es gilt, die Künstlerkolonie Mathildenhöhe auf einen erfolgreichen Weg zum UNESCO-Weltkulturerbe zu begleiten und weiterzuentwickeln (Stichwort: Osthang). Wir setzen uns weiterhin für die Schaffung einer „Kulturmeile“ vom Schlossmuseum über das Darmstadtium, zur Mathildenhöhe bis hin zum Park Rosenhöhe und im Oberfeld endend, ein. Darmstadts große Design-Tradition muss erhalten bleiben. Auch unsere Künstler- und Atelierhäuser müssen weiterhin gefördert werden, weil sie als Ort für Kulturschaffende enorm wichtig sind und den künstlerischen Ideenaustausch fördern.

Ebenso wichtig ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Erhalt der traditionellen Darmstädter Kulturpreise.

Moderne

Wir unterstützen die starke und vielfältige Kulturszene in Darmstadt. Neben Großprojekten müssen auch kleine Initiativen ihren Entfaltungsspielraum haben.

Die vielfältige Freie Szene in Darmstadt muss über eine mittel- wie langfristige Planungssicherheit verfügen können und benötigt hierfür entsprechende Mittel. Die Rahmenbedingungen müssen deswegen erhalten und möglichst ausgebaut werden. Auch in finanziell schwierigen Zeiten dürfen hier keine Abstriche gemacht werden.

In Darmstadt gibt es eine Vielzahl junger, alternativer Künstlerinnen und Künstler. Wir wollen stärker als bisher alternative Kunst fördern. So sollen Graffiti, DJing, Poetry Slam, Laientheater etc. einen festen Platz in Darmstadts Kulturlandschaft erhalten.

Für Künstlerinnen und Künstler werden geeignete Atelierräume benötigt und Rock-, Pop- und Jazzmusiker brauchen Proberäume. Auch hierfür wollen wir uns einsetzen. Jugendkultur muss mehr gefördert werden. Wir wollen deshalb einen Jugendkulturförderpreis für junge Kulturschaffende in den Sparten Musik, Film und Theater, Bildende Kunst und Literatur einrichten. Jugendkultur ist mehr als kommerzielle Festivals. Wir benötigen mehr kreative Plätze, z.B. zum Musizieren, für Impro-Theater u.a.

Wir wollen uns auch für einen stärkeren Ausbau des Kulturaustausches mit Jugendlichen unserer Partnerschaftsstädte einsetzen.

Auch die Arbeit der vielen Orchester, Chöre, Tanzgruppen usw. transportiert Kultur in die Breite und ermöglicht vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen einfachen Zugang zur Kultur. Deshalb werden wir eine entsprechende Förderung dieser Breitenkultur einleiten.

Wir werden uns für Kunst und Kultur in den neuen Quartieren (Konversionsflächen) einsetzen. Gerade hier muss es eine Kulturplanung mit Weitblick geben.

Kulturentwicklungsplan, Kulturkonzept

Um die Kulturpolitik in unserer Stadt weiter zu entwickeln, benötigen wir eine intensive Diskussion über die Zukunft von Kunst und Kultur. Kulturpolitik ist einer der wenigen Bereiche, in dem Städte im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung und finanziellen Möglichkeiten noch weitgehend frei gestalten können. Für sie werden wir einen breit angelegten Beteiligungsprozess mit Kulturschaffenden und anderen Expertinnen und Experten, der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik einleiten. Es reicht nicht aus, auf das zu schauen, was man erreicht hat, sondern es bedarf eines aktiven Gestaltungsprozesses, der das Kulturleben unserer Stadt reflektiert, definiert und gegebenenfalls vor dem Hintergrund künftiger Herausforderungen neu gestaltet. Gerade in Ansehung der schwierigen städtischen Finanzsituation, demografischer Entwicklung, sozialer Exklusion und der Veränderung kultureller Bedürfnisse in der Bevölkerung und den Präferenzen der jüngeren Generation muss man sich dieser Zukunftsfrage stellen. Wer keine Vorstellung davon hat, wie die Gesellschaft in zwanzig oder dreißig Jahren aussehen könnte, kann keine sinnvolle Kulturpolitik machen. Wir werden schon aufgrund der „digitalen Gesellschaft“ vor neue Herausforderungen gestellt. Diesen spannenden Prozess wollen wir begleiten. Uns ist wichtig, dass die Rolle der Kulturpolitik auch im Zusammenhang mit anderen Bereichen der Stadtpolitik geklärt und definiert wird, um Schnittmengen und mögliche Synergien zu nutzen oder auch Abgrenzungen festzulegen. Auch für einen nachhaltigen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort können solche Leitlinien für die Zukunft wichtig sein.

Kunst und Kultur sind ein wesentlicher Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens in Darmstadt und bedeuten Lebensqualität. Diese wollen wir erhalten und ausbauen. Wir wollen zudem die Belange von Künstlerinnen und Künstlern in den Vordergrund unserer kulturpolitischen Arbeit stellen. Uns ist aber auch ein Dialog mit allen Beteiligten aus der Gesellschaft, der Wirtschaft, den Wissenschaftszentren, den Schulen und universitären Einrichtungen wichtig.

Erinnerungskultur

Auch siebenzig Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft ist es noch nicht gelungen, Antisemitismus aus den Köpfen zu verbannen. Um den Bürgerinnen und Bürgern Darmstadts ein realistisches Bild des jüdischen Staates zu vermitteln und den interkulturellen Austausch zu intensivieren, streben wir die Partnerschaft mit einer israelischen Stadt an.

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Aus unserer historischen Verantwortung heraus, werden wir auch in Darmstadt weiterhin jedwede antisemitischen oder rechtsextremen Tendenzen mit allen gesellschaftlichen Mitteln bekämpfen. Die Erinnerung an die Verbrechen der Nazi-Zeit darf nicht verblasen. Darmstadt war eine Hochburg der nationalsozialistischen Bewegung und

Heimat von hochrangigen nationalsozialistischen Verbrechern. Dieser Verantwortung muss sich die Stadtgesellschaft heute noch in Form einer aktiven Erinnerungsarbeit stellen. Nur die dauerhafte Erinnerung verhindert eine Wiederholung! In der Einwanderungsgesellschaft und in Generationen, denen der direkte familiäre Bezug zum Nationalsozialismus fehlt, müssen neue Ansätze und Formen des Gedenkens und der Aufarbeitung gefunden werden.

Das Denkmal für die deportierten Darmstädterinnen und Darmstädter wird immer wieder Opfer von Vandalismus. Wir fordern ein tragfähiges Sicherheitskonzept für das Denkmal am Güterbahnhof.

Ehrenamt in Darmstadt

In Darmstadt bringen sich sehr viele Menschen in unterschiedlichsten Vereinen, Gruppen und Verbänden für andere ein. Ehrenamtliches Engagement wird groß geschrieben! Auch außerhalb fester Gruppen gibt es Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihre Stadt engagieren: z.B. Menschen, die im Sommer die Bäume in ihrer Straße gießen, einen Blick auf den Spielplatz haben oder sich um ihre Nachbarn kümmern. Diese bürgerschaftliche Hilfe ist wunderbar - wir wollen sie weiter unterstützen. Patenschaftsmodelle wollen wir noch stärker ausweiten. Auch die neuentstehenden Formen der Nachbarschaftshilfe werden wir unterstützen, leisten sie doch einen wertvollen Beitrag zu den Herausforderungen des demografischen Wandels.

Die Anerkennung dieser Arbeit ist wichtig, das „Danke-Sagen“ unverzichtbar. Wer sich für andere einbringt, hat es verdient, dass ihre und seine Leistungen durch die Stadt anerkannt werden, sei es durch eine Ehrung oder Vergünstigungen in Form der Ehrenamtskarte. Dieses Verfahren wollen wir auch in Zukunft fortführen.

Gesundheitliche Versorgung

Den Wert einer optimalen Gesundheitsversorgung erkennt man erst dann, wenn man sie benötigt. Sie ist für uns ein wichtiger Teil der kommunalen Daseinsversorgung. Wir wollen eine gleichmäßige, flächendeckende haus- und kinderärztliche Versorgung in ganz Darmstadt sowie eine bedarfsgerechte fachärztliche Versorgung für alle.

Mit dem akademischen Lehrkrankenhaus Klinikum Darmstadt befindet sich in der Stadtmitte ein Krankenhaus der Maximalversorgung in städtischer Trägerschaft. Es bietet Patientinnen und Patienten Hilfe bei nahezu allen medizinischen Fragestellungen und ist ein Leuchtturm in der südhessischen Krankenhauslandschaft. Mit den baulichen Umgestaltungen auf dem Gelände in der Grafenstraße werden alle Abteilungen an diesem zentralen Standort vereint.

Um auf dem Markt der Gesundheitsversorgung auch weiterhin als öffentlicher Träger konkurrenzfähig zu sein, sind Kooperationen mit anderen Kliniken weiter notwendig. Mit dem Kauf des Marienhospitals in Darmstadt und des St. Rochus Krankenhauses in Dieburg wurde ein wichtiger Schritt gegangen. Mit diesen Standorten wurden neue Gestaltungsmöglichkeiten bei der Organisation der medizinischen Leistungen geschaffen. Als nächster Schritt muss die geplante Kooperation mit den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zum Abschluss gebracht werden, um die Gesundheitsversorgung in einem südhessischen Verbund öffentlicher Trägerschaft nachhaltig zu sichern.

Mit dem Klinikum haben wir in Darmstadt einen wichtigen Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb und wollen die Klinik weiterhin in öffentlicher Trägerschaft bestehen lassen.

Der demografische Wandel unserer Gesellschaft bedingt auch, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund älter werden und verstärkt Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Damit sich alle Bevölkerungsgruppen in unseren Kliniken wohlfühlen, wollen wir den offenen Dialog über die verschiedenen kulturellen und religiösen Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten fortführen und diese bei der Arbeit berücksichtigen.

Um den Gang zum Ärztin oder Arzt oder in die Klinik in dem einen oder anderen Fall zu vermeiden, setzen wir weiterhin auf den präventiven Ansatz beim Gesundheitsschutz. Durch Informationen über Gefahren und Gesundheitsrisiken wollen wir erreichen, dass manche Krankheit erst gar nicht entsteht. Entsprechende Initiativen und Veranstaltungen wollen wir fortsetzen. Mit dem gemeinsam mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg betriebenen Gesundheitsamt haben wir einen verlässlichen Partner an unserer Seite.

Für die Fälle, an denen die Medizin an ihre Grenzen stößt und keine Heilungschancen mehr bestehen, finden die Menschen und ihre Angehörigen im Hospiz des Elisabethenstifts einen Ort, um sich von den geliebten Menschen zu verabschieden. Dieser – oft ehrenamtlich -getragenen Arbeit zollen wir unsere Hochachtung und werden sie weiterhin unterstützen.

Sicherheit und Prävention

Die innere Sicherheit ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein elementarer Bestandteil von Freiheit und Demokratie. Wir werden gemeinsam mit den zuständigen Sicherheitspartnern, Fachleuten und der Gesellschaft diese Zielsetzung regelmäßig neu justieren und für den Schutz der Darmstädterinnen und Darmstädter sorgen. Es ist erfreulich, dass Darmstadt dank der Arbeit des Polizeipräsidiums Südhessen und seiner Präventionsfachstelle in der aktuellen hessischen Kriminalstatistik wieder gute Werte hat. Diese Sicherheitspartnerschaft mit ihren stetig neuen Herausforderungen werden wir fortsetzen. Die SPD ist sich bewusst, dass die Verbesserung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung nicht zum Nulltarif zu haben ist. Weil Sicherheit und Ordnung wesentliche Faktoren für die Lebensqualität in der Stadt sind, verdienen sie nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch höheren finanziellen Aufwand bei Bedarf.

Prävention - Für ein solidarisches Miteinander ohne Gewalt

Wir Darmstädter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Stadt des solidarischen Miteinanders ohne Gewalt. Wir wollen, dass jeder Mensch in unserer Stadt ohne Angst um sich, seine Familie oder sein Eigentum leben kann. Darmstadt hat ein funktionierendes Netzwerk für die Sicherheit, welches in Arbeitsteilung und Verantwortung von der Stadtverwaltung, dem Polizeipräsidium Südhessen, der Justiz, sozialen Institutionen und der Wirtschaft als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe getragen wird.

In einigen Stadtteilen leisten Stadtteilpolizistinnen und Stadtteilpolizisten durch ihre Präsenz und enge Vernetzung mit den Präventionsakteuren vor Ort, wie z.B. den Schulen, eine erfolgreiche Präventionsarbeit. So können sie viele Missstände frühzeitig erkennen und zeitnah beheben. Diese Sicherheitsqualität muss erhalten und, wenn möglich und erforderlich, ausgebaut werden.

Die Verkehrserziehung an Schulen und in Kindergärten, die Gewaltprävention oder die Sicherheitsberatung bei Privatwohnungen dienen der vorbeugenden Sicherheit.

Das Ordnungsamt beziehungsweise die Kommunalpolizei, leistet auf Basis der von uns entwickelten Präventionskonvention (Gefahrenabwehrgesetz) einen wesentlichen Beitrag zur nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Kriminalität geht leider nicht von alleine zurück, dafür braucht es ein Konzept und Fachkräfte, die die Ursachen der Kriminalität aufdecken und positive Veränderungen in Gang setzen. Dabei setzen wir auf den Ausbau der mobil aufsuchenden Jugendsozialarbeit zur Verhinderung von Straftaten. Auch die in einer Bürgerumfrage betonte Bedeutung ausreichender Beleuchtung im öffentlichen Raum kann zur Verhinderung von Straftaten beitragen.

Bei unserem „Darmstädter Weg“ wissen wir, Straftaten haben Ursachen, die vorrangig zu erkennen und zu bekämpfen sind. Nur so können wir sie verhindern. Die Arbeit des von der SPD ins Leben gerufenen kommunalen Präventionsrates werden wir erfolgreich weiterentwickeln. Aktuelle Themen im Jugendmedienschutz, der Suchtprävention u.a. sind voranzubringen. Präventionskonzepte im Präventionsrat müssen evaluiert und entsprechend überarbeitet werden.

Kinderschutz hat Priorität

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt, Misshandlung und Vernachlässigung gehört zu den Kernaufgaben staatlichen Handelns. Die Allgemeinen Sozialen Dienste des Jugendamtes wollen wir durch mehr Personal und zusätzliche Fortbildung stärken. Speziell die Gewährung von frühen Hilfen muss ausgebaut werden. Dabei steht die Lösung sozialer Konflikte statt der Ausgrenzung von Randgruppen im Vordergrund.

Weil das Verhindern von Jugendgewalt eine übergreifende Aufgabe ist, müssen Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, Jugendamt und Schulen weiterhin eng zusammenarbeiten.

Investitionen in Feuerwehr und Katastrophenschutz ernst nehmen

Für das Sicherheitsempfinden leisten auch Feuerwehren und Rettungsdienste einen wertvollen Beitrag. Sie sind verlässliche Helfer im Notfall. Um dies leisten zu können, benötigen sie eine bedarfsgerechte Ausstattung und einen zeitgemäßen Fuhrpark. Wir begrüßen die Planungen zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Arheilgen. Die Modernisierung der Berufsfeuerwehr in der Bismarckstraße muss mit großer Intensität fortgesetzt werden. Alle weiteren Bedarfe sind im Dialog mit den Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern abzustimmen. Gleiches gilt für die Rettungsdienste und die Gewährung eines stabilen Katastrophenschutzes.

Mehr Lebensqualität in einer sauberen und gepflegten Stadt

Sicherheit beginnt bei sauberen und gepflegten Straßen, Plätzen und Grünflächen, gerade in den Sommermonaten. Ein gepflegtes Umfeld ist wichtiger Bestandteil des Sicherheitsempfindens und erhöht die Lebensqualität. Für das Erscheinungsbild können die Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag leisten. Eine breite öffentliche Aufklärungsarbeit soll dabei helfen.

Darmstädter Justizstandort stärken

Der Rechtsstandort Darmstadt genießt traditionell einen guten Ruf. Wir setzen uns weiter für die Vielfalt der unterschiedlichen Gerichte im Sinne einer bürgernahen Justiz in der Region Darmstadt ein. Die SPD befürwortet eine enge und zeitnahe Abstimmung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und Bewährungshilfe; wir befürworten ein „Haus des Jugendrechts“ am Justizstandort Darmstadt.

Umwelt

Darmstadt ist eine liebens- und lebenswerte Stadt. Damit das so bleibt, müssen wir unsere Lebensgrundlagen so gut schützen wie möglich. Und das bedeutet, pfleglich mit Umwelt und Natur umzugehen. Nur so können wir auch in Zukunft die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen gerecht werden.

Klimawandel

Der Klimawandel ist heute bereits Realität. Die SPD wird sich daher für eine lokale Anpassungsstrategie einsetzen, um die Auswirkungen für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Grünflächen und Bäume sind aufgrund ihrer Wirkung als Klimaanlage und Schattenspender von zentraler Bedeutung für das lokale Klima. Wir werden uns daher für eine verstärkte Begrünung Darmstadts einsetzen, z.B. durch die Bepflanzung von Dach- und Freiflächen. Außerdem wollen wir zur Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung ein Investitions- und Beratungsprogramm initiieren. Studien haben gezeigt, dass vertikale Grünflächen einen weit größeren Reinigungseffekt für die Stadtluft haben als bisher angenommen. Zur Vermeidung von Hitzeinseln werden wir bei allen künftigen Planungen beachten, dass sowohl eine ausreichende Belüftung als auch eine gute Verschattung vorhanden ist. Kaltluftschneisen sind von Hochbebauung freizuhalten und in ihrer Funktion nach Möglichkeit weiterzuentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass jede öffentliche bauliche Maßnahme hinsichtlich ihrer Auswirkung auf das Stadtklima überprüft und gegebenenfalls angepasst wird.

Wir werden überprüfen, inwiefern stark versiegelte Flächen bei Neugestaltung entsiegelt werden können und setzen uns weiterhin für einen wirksamen Baumschutz in der Stadt ein. Wo es möglich ist, soll der innerstädtische Wald- bzw. Baumbestand erweitert werden. Der städtische Baumbestand ist daraufhin zu überprüfen, inwiefern er für neue klimatische Bedingungen geeignet ist. Bei Neupflanzungen sind für die erwarteten Klimaveränderungen geeignete Bäume zu pflanzen. Der Westwald soll nicht durch eine Westranderschließungsstraße zerschnitten werden.

Fluglärm

Insbesondere in unseren nördlichen Stadtteilen aber auch im Rest der Stadt wirkt sich der Fluglärm des Frankfurter Flughafens auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger der Wissenschaftsstadt Darmstadt aus. Auch die Stadtentwicklung wird durch den Fluglärm stark eingeschränkt. So liegt ein erheblicher Teil des Darmstädter Nordens, namentlich Wixhausen, Arheilgen und Kranichstein, im sogenannten „Lärmschutzbereich“. Dort können keine neuen Siedlungsflächen mehr ausgewiesen werden und der Ausbau der sozialen Infrastruktur ist nur mit Sondererlaubnis möglich. Die Stadt muss deshalb mit allem Nachdruck auf eine Entlastung vom Fluglärm hinwirken. Um in den entsprechenden Gremien, insbesondere der Fluglärmkommission, aber auch gegenüber dem Forum

Flughafen und Region der Deutschen Flugsicherung und dem Luftfahrtbundesamt stark und fundiert auftreten zu können, ist eine gute Datenlage mit wissenschaftlicher Begründung der eigenen Position notwendig. Deshalb fordert die SPD noch einmal die Erstellung einer städtischen Studie zu den Auswirkungen einer Streuung der Flugroute „König kurz“. Außerdem muss genau geprüft werden, wie sich eine Verschiebung der Flugroute „König kurz“ nach Norden für Darmstadt auswirken würde. Insgesamt muss sich die Stadt Darmstadt in der Fluglärmdiskussion wieder mit stärkerer Stimme einbringen, um positive Veränderungen für die Stadt zu erwirken und auch im Norden eine Stadtentwicklung wieder zu ermöglichen.

Lärmschutz

Die Sozialdemokratie begrüßt die Fortschritte unserer Zeit, die eine verbesserte Mobilität und eine gute Versorgung mit Gütern nicht nur des alltäglichen Bedarfs mit sich bringen. Wir sehen aber, dass dies auch negative Begleiterscheinungen mit sich bringt, vor allem durch einen höheren Lärmpegel, der die Lebensqualität in manchen Teilen Darmstadts verringert. Für die SPD zählt der Lärmschutz zu den zentralen Aufgaben der nächsten Jahre. Mit zahlreichen Maßnahmen werden wir dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nachts gut schlafen können, aber auch tagsüber nicht von übermäßigem Lärm gestört werden.

Wasser und Abwasser

Die Klärung des Abwassers in Darmstadt bedarf nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Kostenbelastung für die Bürgerinnen und Bürger einer Neuorganisation. Insbesondere werden wir Maßnahmen ergreifen, um die Kapazitäten des Zentralklärwerks besser auszulasten, das sowohl in der Abwasser- als auch in der Schlammbehandlung über zum Teil erhebliche Reserven verfügt. Daher streben wir an, die bislang vom ausgelasteten Klärwerk Süd gereinigten Abwässer der Heimstättensiedlung an das Zentralklärwerk zu leiten, wenn sich daraus ökonomische Vorteile ergeben. Die Schlammbehandlung wird, um die Zuführung von Speiseresten und Stoffen aus Fettabscheidern erweitert, um diese über die Co-Vergärung auch energetisch verstärkt zu nutzen.

Um die Wasserversorgung des Woogs in guter Qualität und Quantität auch in trockenen Jahreszeiten zu gewährleisten, wollen wir den Meierbach wieder zur Speisung des Sees nutzen.

Naturschutz

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist zunehmend auch eine kommunale Aufgabe. Wir werden daher die Belange des Naturschutzes und der Biodiversität stärker in die kommunalen Entscheidungsprozesse integrieren. Darüber hinaus werden wir die naturnahe Gestaltung von Grünflächen fördern, die Vernetzung von Biotopen im Stadtgebiet herstellen sowie die Biodiversitätsziele in der Bauleitplanung berücksichtigen. Die SPD fordert auch den Schutz der Natur- und Landschaftsschutzgebiete in Darmstadt. Im Rahmen dieses Schutzes ist zu prüfen, in wieweit bauliche Anlagen, die der Erholung unserer Bürgerinnen und Bürger dienen, erhalten bleiben können.

Grünflächenentwicklung

Die SPD setzt sich nachhaltig dafür ein, dass Grünflächen in Darmstadt erhalten und ausgebaut werden. Darmstadt hat 260 ha Grünflächen, die für Lebensqualität sorgen. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode die Grünflächen um 20% erweitern. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Qualität unserer Stadt auch in der überregionalen Wahrnehmung hervorgehoben wird. Eine saubere und gepflegte Stadt ist ein bedeutender Wohlfühlfaktor für die Bürgerinnen und Bürger Darmstadts. Wir wollen, dass das gesamte Stadtbild mit all seinen Grünanlagen weiterhin entsprechend instand gehalten wird. Besonders die zahlreichen Gärten und Parks tragen dazu bei, dass Darmstadt eine liebens- und lebenswerte Stadt ist. Diese Frischluftinseln sind mit Blick auf den Klimawandel von besonderer Bedeutung für das Stadtklima. Wir werden Sorge dafür tragen, dass wir über ausreichende Finanzmittel verfügen, um die Gärten und Parks regelmäßig pflegen und säubern zu können. Und dass sie – wo notwendig – in den nächsten zehn Jahren saniert werden können.

Themenfeld Energie- und Klimaschutz für Darmstadt

Die SPD in Darmstadt ist sich bewusst, dass den Kommunen eine hohe Verantwortung beim Kampf gegen den Klimawandel zukommt. Wir setzen konsequent auf erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz. Kernziel ist die Reduktion von CO₂ um 50% bis zum Jahr 2030 und um 80% bis zum Jahr 2050. Dies entspricht den Zielen, zu denen sich Darmstadt als Mitglied des Klimabündnisses europäischer Städte verpflichtet hat. Die SPD Darmstadt ist sich bewusst, dass diese Ziele nur mit einer engagierten kommunalen Klimaschutzpolitik zu erreichen sind. Die verstärkte Einbeziehung von Biomasse aus organischen Abfällen und aus regionaler Produktion in die Energieversorgung, die energieeffiziente Klärung und energetische Nutzung von Abwasser, die Nutzung der Windenergie mittels Klein- und Großwindkraftanlagen sowie die Nutzung von Dächern zur Installation von Solaranlagen werden in Zukunft eine zentrale Rolle spielen.

Die Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende beteiligen

Die SPD sieht die Darmstädter Energiewende weg von fossilen und atomaren Brennstoffen nicht als „ihr“ Projekt an. Vielmehr soll sie ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Darmstadt werden. Deshalb werden die Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Form an der Entwicklung beteiligt. Das Konzept der Bürgersolaranlagen wollen wir ausbauen. Mit dem seit Mitte 2010 verfügbaren Solarkataster kann schnell ermittelt werden, auf welchen Gebäuden in Darmstadt die Errichtung einer Solaranlage aufgrund der Dachausrichtung und Neigung möglich ist. Dieses Angebot wollen wir um eine lokale Solardachbörse ergänzen, in der Hauseigentümer ihre Fläche Investoren anbieten können. Zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen wird ein Klimaschutzfonds aufgelegt. Die Energieberatung in Darmstadt soll deutlich ausgebaut und das beschlossene Darmstädter Klimaforum durchgeführt werden.

Bildungsinitiativen für erneuerbare Energien

Wir werden die Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energien weiter ausbauen. Dazu gehört für uns zunächst die Bildung in den Schulen, die wir durch die Bereitstellung von geeigneten Unterrichtsmaterialien wie z.B. Bausätze unterstützen. Des Weiteren wollen wir die Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote gemeinsam mit den zentralen Akteuren (Handwerkskammern, Berufsschulen etc.) erweitern. Ideal wäre zudem eine Verknüpfung zu den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Darmstadt. Projekte wie das Umwelt-Diplom werden weiterhin finanziell gefördert.

Energieeffizienz ist kein Thema nur für Reiche

Nicht alle Menschen sind finanziell in der Lage, in eine Solaranlage zu investieren oder deren Vermieter oder Vermieterin nicht für energetische Wohnungssanierung sorgen. Hier wollen wir über direkte Beratung helfen, Energie und damit auch Geld zu sparen. Wir werden ein Projekt initiieren, bei dem Haushalte mit geringen Einkommen eine kostenlose Energieberatung erhalten. In Zusammenarbeit mit karitativen Verbänden werden dazu Langzeitarbeitslose zu Energieberatern geschult, wie dies z.B. vom Cariteam der Caritas erfolgreich in mehreren Kommunen umgesetzt wird.

Beschaffung ökologisch gestalten

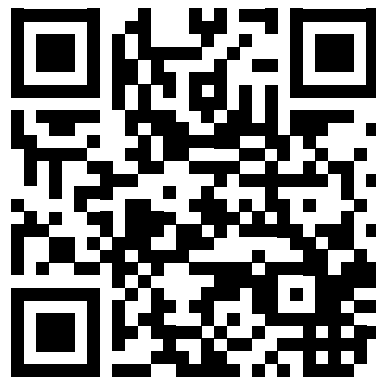
Die Stadt Darmstadt wird das Beschaffungswesen an ökologischen Gesichtspunkten ausrichten. So könnten Finanzmittel eingespart werden, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden. Durch eine gemeinsame Nachfrage mit weiteren Kommunen und Unternehmen der Stadtwirtschaft können darüber hinaus noch bessere Preise erzielt werden.

Nachhaltige Entwicklung überprüfbar machen

Um die Erfolge der nachhaltigen Entwicklung messbar zu machen, werden wir einen Katalog von Kriterien erarbeiten, der sowohl die erreichten Fortschritte aufzeigt, aber auch deutlich macht, in welchen Bereichen wir noch besser werden können. Die Orientierung erfolgt dabei an dem Konzept der Indikatorenberichte des Statistischen Bundesamtes, wir werden dies aber an die lokale Ebene und die Darmstädter Besonderheiten anpassen. In den Indikatorenbericht werden neben ökologischen Kriterien (z.B. Anteil erneuerbarer Energien, Luftqualität) auch sozialpolitische Themen Eingang finden (z.B. Kinderbetreuung, Erwerbstätigenquote etc.). Wir setzen uns für die zügige Umsetzung des Maßnahmenprogramms „25 Schritte zur biologischen Vielfalt in Darmstadt“ ein.

Unser Programm steht zum
Download bereit auf der Homepage der
SPD Darmstadt

www.spd-darmstadt.de



Kontakt:

SPD Darmstadt
Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt
Tel.: 06151 - 45071
Fax.: 06151 - 45072
info@spd-darmstadt.de